

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
2 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
(1/4 Sgr. für die fünfgespal-  
tene Zeile oder deren Raum;  
Reklamen verhältnißmäßig  
höher) sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 23. August. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-  
ruht: Dem bei der Gerichts-Deputation zu Pr.-Holland als Kreisgerichts-  
Rath angestellten Ober-Landesgerichts-Rath Ludwig Ferdinand Egi-  
mund von Baczko, und dem Kreisgerichts-Rath Karl Woldering zu  
Waus, den Rothern Adler-Orden vierter Klasse, dem bisherigen ersten Klas-  
siker der General-Militär-Kasse, Rechnungs-Rath Walter, und dem Dr.  
August Neuen zu Wils im Großherzogthum Luxemburg den königlichen  
Kronen-Orden vierter Klasse, sowie dem bisherigen Kirchenassessor-Rendanten,  
Hufengutsbesitzer Friedrich Haensel zu Cösdorf im Kreise Lieben-  
werda, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den außerordent-  
lichen Professor in der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität zu  
Breslau, Dr. Meuß, zum ordentlichen Professor in derselben Fakultät;  
und den bisherigen Landrathsamts-Verweiser, Regierungs-Assessor Hoff-  
mann, zum Landrathe des Kreises Jüterbog-Luckenwalde zu ernennen;  
auch dem Freiherrn Albrecht von Nagell-Itzingen zu Bismarck die Er-  
laubniß zur Anlegung des von Seiner Heiligkeit dem Papste ihm verliehenen  
Mittlerkreuzes des Pius-Ordens und der Medaille „Pro Petri Sede“ zu  
ertheilen.

An dem evangelischen Schullehrer-Seminar in Soest ist der Pfarrer  
Jaco bi zum zweiten und der bisherige zweite Lehrer Fix zum ersten Semi-  
narlehrer ernannt worden.

## Telegramme der Posener Zeitung.

München, Sonnabend 22. August, Abends. In  
der heutigen außerordentlichen Sitzung der Abgeordneten-  
kammer sagte der Präsident Hegnenberg in einer bezüglich  
der Reformakte gehaltenen Ansprache: Lassen Sie uns  
Zeugniß geben, daß die bayerische Volksvertretung in dem  
vorgelegten Reformentwurf den Ausgangspunkt einer be-  
ssern Zukunft Deutschlands, daß sie in dem Kongresse der  
Fürsten den ersten Schritt von dem Worte zur lang ersehnten  
That erkenne, indem wir die freundliche Gelegenheit erfassen,  
durch einmütige Kundgebung unserer Gesinnung uns dem  
Einheitsbestreben anzuschließen und dasselbe zu fördern.

Die ganze Kammer erhob sich schließlich auf die Auf-  
forderung des Präsidenten und brachte den „nach Einigung  
strebenden deutschen Fürsten in Frankfurt“ ein dreifaches Hoch.

Frankfurt a. M., Sonntag 23. August, Morgens.  
In der gestrigen Fürstentagung begann man die Reform-  
akte artikelweise der Berathung zu unterziehen. Artikel 1  
„Erweiterung des Bundeszweckes“ wurde nach einer Ein-  
wendung des Herzogs von Sachsen-Altenburg, welche eine  
längere Rede des Herzogs von Koburg veranlaßte, einstimmig  
angenommen. Nachdem wurden noch einige andere  
Artikel erörtert und genehmigt. Das Reformwerk im  
Sinne der Vorlage soll mit besonderer Wärme von den  
Königen von Bayern, Sachsen und Hannover befürwortet  
worden sein. Die nächste Konferenz wird morgen  
stattfinden.

Frankfurt a. M., Sonntag 23. August, Nachmit-  
tags. Das „Frankfurter Journal“ veröffentlicht die De-  
pesche des Herrn v. Bismarck an den preussischen Gesandten  
in Wien de dato 14. August. Dieselbe erzählt die Details  
betreffend die Einladung des Königs von Preußen nach  
Frankfurt. Am 7. August habe ein kaiserliches Hand-  
schreiben den König ersucht, wegen der Badekur einen  
Prinzen nach Frankfurt zu entsenden. Denselben Tag noch  
habe der König abgelehnt. Herr v. Bismarck hält es der  
Würde des Königs nicht entsprechend, in Frankfurt Vor-  
schläge, worüber Preußen nicht gehört worden, entgegen zu  
nehmen. Zu eigener Initiative sei der Moment nicht ge-  
eignet. Sollte gleichwohl Preußen veranlaßt werden, sich  
auszusprechen, so könnte es nur in einer nach Volkszahl der  
Einzelstaaten aus direkten Wahlen hervorgehenden Volks-  
vertretung eine geeignete Grundlage erkennen.

Nach der „Europe“ würde nächsten Donnerstag die  
Rückübernahme Dänemarks über den Bundestagsbeschuß  
vom 9. Juli zu erwarten sein. Dieselbe besage: Dänemark  
könne den Vorlagen des Bundestages nicht entsprechen,  
werde die Bekanntmachung vom 30. März aufrecht erhal-  
ten und eine Bundesexekution als Feindseligkeit gegen die  
Würde der Krone und gegen die Existenz der dänischen Mo-  
narchie betrachten. — Die „Europe“ versichert, daß die  
Grundzüge eines Defensiv- und Offensivvertrages zwischen  
Dänemark und Schweden bereits verabredet seien und daß  
eine Bundesexekution das Signal zum Einmarsch schwedi-  
scher Truppen in Dänemark sein würde.

Kiel, Sonntag 23. August, Mittags. Das Spruch-  
kollegium der Universität hat über den Verfassungskonflikt  
zwischen der deutschen Majorität der Schleswigschen Stän-  
deversammlung und dem königlichen Kommissarius ein  
Rechtsgutachten dahin abgegeben, daß der letztere durchaus

unbefugt gewesen sei, der Ständerversammlung die Entschei-  
dung über die Gültigkeit der Wahlen zu verwehren.

## Deutschland.

**Preußen.** (Berlin, 21. August. [Vom Hofe; Ver-  
schiedenes.] Der König wird, wie man an gut unterrichteter Stelle  
erfährt, am nächsten Sonntag von Baden-Baden nach Berlin zurück-  
kehren. Von einer Verlängerung des Aufenthaltes in Baden-Baden,  
welche hiesige Blätter bereits in Aussicht stellen, ist meinem Gewährs-  
manne zur Stunde noch nichts bekannt. — Daß der König sich an  
dem Fürstentage in Frankfurt a. M. nicht betheiligen wird, ist bekannt. Es ist  
dem Könige sehr schwer gefallen, auch auf die Colloquienladung ableh-  
nend zu antworten; allein das Verfahren des österreichischen Kaisers ließ  
seine Theilnahme nicht zu. Sehr glaublich erscheint die Mittheilung,  
daß der König dem Könige Johann von Sachsen erklärt haben soll, er  
wäre gern zur Förderung des großen Werkes nach Frankfurt gezogen; er  
müsse sich aber durch die Verschlossenheit und durch die Ueberumpelung  
verletzt fühlen. Käme er jetzt nach Frankfurt, so wäre er gezwun-  
gen, sehr schroff aufzutreten. Dabei soll der König jenes Vorganges ge-  
dacht haben, wo ein Erzherzog zur Zeit des italienischen Krieges sich hier  
in außerordentlicher Mission befand und die Sachlage anders, als sie  
wirklich war, dargestellt wurde. Der König ist natürlich in Folge dieser  
Angelegenheit ziemlich erregt, was um so mehr bedauert wird, da leicht  
dadurch die Wirkung der Badekuren beeinträchtigt werden kann. — Heute  
wollte der Großherzog von Baden zum Besuche in dem Kurorte zubringen.

Die Königin-Wittve ist aus Wildbad gestern Abend in Sanssouci  
eingetroffen und hat heute Vormittag bereits in der Friedenskirche dem  
Gottesdienste mit der Prinzessin Alexandrine beigewohnt und nachher  
dem Prinzen Albrecht Sohn einen Besuch gemacht. Das Befinden des  
Patienten ist noch immer zufriedenstellend und seine Wiederherstellung  
erscheint gesichert. — Der Kronprinz hat sich gestern Abend mit dem  
Adjutanten Hauptmann v. Lucadou nach Schloß Rosenau begeben, wird  
aber bereits am Dienstag Abend von dort nach Berlin zurückkehren. Wie  
es heißt, befindet sich die Frau Kronprinzessin in der Begleitung ihres  
Gemahls. — Die Großfürstin Marie von Rußland, Herzogin von  
Leuchtenberg, wird morgen hier erwartet. — Der 50jährige Gedenktag  
der Schlacht bei Großbeeren ist heute hier ganz in der Weise gefeiert wor-  
den, wie es der Magistrat angeordnet hatte. Die Rathhäuser, die städ-  
tischen Schulgebäude, auch mehrere Privathäuser waren geschmückt  
mit Laubgewinden, Kränzen und Fahnen decorirt. Die deutsche Fahne  
war überall sichtbar und wehte auch in den Zügen der Schüler, die unter  
Musik nach ihren Festplätzen marschirten. Auch die Standbilder der  
Helden der Freiheitskriege am Opernplatz u. waren sehr schön geschmückt;  
namentlich zeichnete sich die Statue des Grafen Bülow v. Dennewitz aus.  
— Nach den neuesten Mittheilungen aus Scheveningen befindet sich Herr  
v. Bethmann-Hollweg in vollständiger Genesung.

— Das neueste „Justizministerialblatt“ enthält ein Erkennt-  
niß des k. Obertribunals vom 19. Juni 1863, in welchem aus-  
geführt ist, daß kirchliche Aufzüge der polizeilichen Genehmigung nur dann  
nicht bedürfen, wenn sie nach Zeit, Ort, Form und Bedeutung herge-  
bracht sind.

— Auf den Antrag einer k. Regierung, einigen Lehrern für ihre  
Thätigkeit an einer Handwerker-Fortbildungsschule Remune-  
rationen aus Staatsfonds zu gewähren, hat der Minister unter dem 23.  
Juli reskribirt, daß die Remuneration der an solchen Schulen arbeiten-  
den Lehrer grundsätzlich den Beteiligten, resp. den betreffenden Kommu-  
nen zu überlassen sei. (Voss. Ztg.)

— Die neueste Nummer der in Leipzig erscheinenden „Grenz-  
boten“ ist gestern hier konfiscirt worden.

— Die „Frankfurter Postzeitung“ glaubt verbürgen zu können,  
daß die Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Ver-  
sammlung wegen ihres zurückhaltenden Benehmens gelegentlich der  
Beisegung der Leiche des Prinzen Friedrich eine beschlossene Sache ge-  
wesen sei. Nur die entschiedene Abmahnung des Grafen Eulenburg soll  
veranlaßt haben, daß der König den desfalls bereits erlassenen Befehl  
zurücknahm. (?)

— Gestern ist, wie die „B. V. Z.“ hört, wiederum ein hiesiger  
Waffenhändler gefänglich eingezogen und in die Hausvogteigefängnisse  
abgeliefert worden, weil sich der Verdacht gegen ihn ergeben, daß er  
Waffenjournale nach Polen vermittelt und dadurch die Insurrektion  
unterstützt habe.

Königsberg, 22. August. Die in der Polen angelegen-  
heit neuerlich Verhafteten, Maschinenbauer Becker und Kaufmann  
Gyzecki, wurden in der Nacht zum Freitag durch 3 Polizeibeamten  
nach Berlin transportirt.

\* Kulm, 22. August. Die Freitagsummer des Radwislauin  
wurde wieder konfiscirt und die mit der Post versendeten Nummern auf  
telegraphische Requisition in Terespol festgehalten. Das Blatt enthielt  
eine „Protestation Herzens gegen die von den Russen in Polen verübten  
Greuelthaten.“

Warlubien, 18. August. Heute Mittag ist hier ein Waffen-  
transport von 30 ganz neuen Gewehren mit Bajonett und drei Paß  
Zündhütchen, die nach Polen transportirt werden sollten, vom hiesigen  
Schulzen mit Beschlag belegt worden. Der Fuhrmann hat schon öfter  
den Weg mit demselben Wagen passirt.

**Oesterreich.** Lemberg, 20. August. [Der Reichsrath  
Graf Dzieduszycki] wurde heute hier im Vorüberfahren, trotz der  
von ihm abgegebenen Protestation, arretrirt. Nachdem der Wagen von  
Seiten des Polizeiamtes durchsucht war, und diese Durchsuchung kein Re-  
sultat ergeben hatte, wurde Graf Dzieduszycki wieder freigelassen.

Verona, 18. August. [Ein bischöfliches Verbot.] Der  
hiesige Bischof Canossa hat einen Hirtenbrief erlassen, worin er das „G.

di Verona“ für in seiner ganzen Diözese verboten erklärt. Der Redak-  
teur desselben veröffentlicht eine Erwiderung, worin er anzeigt, daß er ge-  
gen den Bischof nicht nur vor dem bürgerlichen Gerichte wegen Verleum-  
dung und Gewerbsstörung Klage einleiten, sondern auch im kirchlichen  
Wege an die Kongregation des Index und den Papst appelliren werde.  
Bekanntlich wurde das „G. di Verona“ früher auch vom comitato ve-  
neto in den Bann gethan.

Venedig, 18. August. [Attentat; Armeereduktion.]  
Heute Vormittags während der Feier des aus Anlaß des Geburtsfestes  
Sr. Majestät des Kaisers abgehaltenen Hochamtes, und zwar gerade in  
dem Augenblicke, als der Kardinalpatriarch der knieenden Menge den  
Segen gab, explodirte neben der Kanzel mit großem Geräusch eine Pe-  
tarde, welche irgend ein revolutionärer Agent unbemerkt dahin gelegt hatte.  
Im ersten Augenblick, als die Detonation erfolgte, und ehe der durch  
die Entzündung der Petarde hervorquellende Rauch sich verzogen hatte,  
waren die in der Kirche Anwesenden wohl etwas überrascht, sobald aber  
die Ursache der Erscheinung bekannt wurde, beruhigte man sich bald, und  
die Funktion konnte zu Ende geführt werden. — In Folge eines am 15.  
d. M. hier eingetroffenen Telegramms haben sämtliche dritte Batail-  
lone der zur Armee des k. k. M. Ritter v. Benedek gehörigen Infanterie-  
Regimenter Marschbefehl in ihre Werbbezirksstationen erhalten, wo sie  
wahrscheinlich nach früherer Auflösung der als Depot verwendeten vierten  
Bataillone sich auf den vollen Friedensstand zu 20 Gemeinen pr. Kom-  
pagnie setzen werden. Am 26. d. M. schon treten einige hier dislocirte  
solcher Bataillone ihren Marsch an. Wie wir hören, befinden sich 36  
Infanterieregimenter im Lande. Vorausgesetzt nun, daß alle ihre dritten  
Bataillone bei sich haben, würde also eine Reducirung um eben so viele  
Bataillone, also ungefähr durchschnittlich 12,000 Mann, bei der zweiten  
Armee allein erfolgen. (Triest. Ztg.)

Krafsau, 16. August. [Bentkowski.] Dem „Wanderer“  
wird von hier geschrieben: Wie bekannt, hat Hr. Bentkowski im Lager  
des gewesenen Diktators Langiewicz eine hervorragende Stellung einge-  
nommen; später wurde er während seines Aufenthaltes in Krafsau aus  
Anlaß einer bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchung der hiesigen  
Strafbehörde übergeben, jedoch in der darauf erfolgten Untersuchung we-  
gen der ihm zur Last gelegten Geheißübertretung bereits wieder auf freien  
Fuß gesetzt. Nun verlangt aber ein preussisches Untersuchungsgericht die  
Auslieferung des Herrn Bentkowski wegen des in Preußen nach dem  
preussischen Strafgesetze begangenen Verbrechens des Hochverraths. Diese  
Auslieferung wurde aber von Oesterreich nicht zugestanden, worauf hatte  
das Oberlandesgericht über Hrn. Bentkowski vor der Hand die Verwah-  
rungshaft verhängt; gegen diese Haft hat der Verhaftete die Berufung  
eingeleitet und es soll der oberste Gerichtshof der Berufung des Hrn. Bent-  
kowski wider den oberlandesgerichtlichen Beschluß keine Folge zu geben be-  
finden haben. Der Verhaftete bleibt also, dem bestehenden Gesetze ge-  
mäß, bis der preussische Untersuchungsrichter vollkommen glaubwürdige  
Beweise oder rechtliche Verdachtsgründe des ihm angeludigten Verbre-  
chens binnen einer bestimmten Frist beigebracht haben wird oder dies zu  
thun unterläßt, wegen des ihm preussischerseits angeludigten Verbre-  
chens des Hochverraths in einseitiger Verwahrung.

**Sachsen.** Dresden, 22. August, Nachmittags. [Telegr.]  
Nach einem Telegramm des „Dresdner Journals“ aus Frankfurt, sind  
in der heutigen Fürstentagung mehrere Artikel des Reformprojekts be-  
reits angenommen worden und werden nunmehr tägliche Konferenzen  
stattfinden; es wird ein befriedigender Abschluß erwartet.

Frankfurt a. M., 21. August. Der deutsche Abge-  
ordnetentag hat heute seine Verhandlungen begonnen. Man zählte  
bis zu deren Beginn 275 auf der Liste der Erschienenen. Im Saale  
des neuen Saalbaues füllten sich schon frühzeitig Logen und Galerien  
mit Zuhörern; man bemerkte in jenen Diplomaten und Damen. Ueber  
dem Bureau hängen drei Fahnen in den deutschen Farben. Die Sitzung  
wurde eröffnet um 9 1/4 Uhr durch den Vorsitzenden des ständigen Aus-  
schusses Dr. S. Müller von hier. Er gedachte in kurzen Worten der  
Stellung des Abgeordnetentages, der nur ein Nothbehelf sei und sich selbst  
überflüssig zu machen habe durch ein wirkliches Parlament; sodann der  
Eigenschaft der Anwesenden als deutscher Abgeordneter, nicht einzelner  
Staaten; erwähnte auch des Fürstentages und des Reformprojekts, aus  
Kreisen hervorgegangen, wo es am wenigsten erwartet, und mahnte  
schließlich, furchtlos und treu zum Volke zu stehen und danach Beschlüsse  
zu fassen. Nebelhau (Kassl) schlug, in Betracht, daß man sich in so  
ernster Zeit nicht mit Formalitäten aufhalten solle, Namens des Aus-  
schusses Herrn v. Bennigsen zum Präsidenten, zu Vicepräsidenten  
Barth aus Kaufbeuren und v. Unruh aus Berlin vor. Die Versamm-  
lung nahm den Vorschlag einmütig an. v. Bennigsen übernahm hier-  
auf den Vorsitz. Er dankte für das Vertrauen. Er würde sich nicht  
die Kräfte für das schwierige Amt zutrauen, wenn er nicht hoffen dürfte,  
daß bei der bedeutungsvollen Lage des Vaterlandes der Ernst dazu vor-  
handen sei, es ihm zu erleichtern. Vor Allem stehen die deutsche Frage  
und die Prüfung des österreichischen Reformprojektes. Ein formelles  
Mandat habe man nicht, keinen solchen Auftrag, am wenigsten in den  
Augen der Regierungen. Wenn also, was hier beschlossen werde, einen  
Einfluß auf Deutschland haben solle, so könne es nur in Folge eines ein-  
mütigen Standpunktes sein, der sich in den Herzen der Volksleute, in  
den Organen der Presse Würdigung verschaffe. Er wolle der Prüfung  
nicht vorgreifen. Ein Satz aber müsse unerschütterlich fest über dem  
Schwanken der Parteien und dem Zwiespalt der Meinungen stehen, der  
Grundsatz und zugleich Eckstein unserer Zukunft: daß die fürstliche Will-  
für Deutschland keine neue Verfassung geben könne, eine neue freie Ver-  
fassung Deutschlands nur entstehen könne unter freier Zustimmung der  
gewählten Vertreter der deutschen Nation. Hierauf sprachen auch  
Barth und v. Unruh ihren Dank aus, letzterer mit einer Bemerkung  
über die Unterscheidung des preussischen Volkes von seiner gegenwär-  
tigen Regierung. Nach der Ernennung der Schriftführer wird der Vor-



schlag des ständigen Ausschusses über die Tagesordnung (deutsche Frage, Schleswig-Holstein, weitere Ausbildung der Organisation des Abgeordnetentages) angenommen. Zum ersten Gegenstand derselben, der deutschen Frage, hat der Ausschuss folgenden Antrag eingebracht:

I. Der deutsche Abgeordnetentag erblickt in der selbstthätigen Initiative des Kaisers von Oesterreich, zur Anbahnung einer deutschen Bundesreform, und in der bereitwilligen Teilnahme fast aller Fürsten und der freien Städte Deutschlands an diesem Werke ein erfreuliches Zeugnis der allwärts siegreichen Ueberzeugung von der Unzulänglichkeit der bestehenden Bundesreformen und von der dringenden Nothwendigkeit ihrer Neugestaltung. Ob er in dieser Thatsache zugleich die Möglichkeit sehen darf, daß das gute Recht des deutschen Volks auf eine seiner würdige Verfassung, nach wiederholten unfruchtbaren Versprechungen, endlich zur Erfüllung komme, das wird zunächst von dem weiteren Entgegenkommen der deutschen Fürsten und Regierungen abhängen.

II. Zwar kann der Abgeordnetentag auch jetzt nur von einer bundesstaatlichen Einheit, wie sie in der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 ihren rechtlichen Ausdruck gefunden hat, die volle Befriedigung der Bedürfnisse erhoffen, welche die Freiheit wie die Einheit, die Sicherheit wie die Macht der deutschen Nation gebietet; indessen unter den gegebenen Verhältnissen, zumal den inneren Kämpfen und der fortwährenden äußeren Bedrohung gegenüber, ist der Abgeordnetentag nicht in der Lage, zu dem österreichischen Entwurfe, welcher den Staatenbund mit einer engeren kollegialen Exekutive und mit einer Vertretung zu reorganisiren sucht, sich lebhaft verneinend zu verhalten.

III. Wohl aber muß er eine Reihe von einzelnen Bestimmungen der „Reformakte“ für höchst bedenklich erachten und vermag insbesondere in der Art und Befugnis der Vertretung, wie sie durch Delegirte der einzelnen Ständeversammlungen zusammengesetzt werden soll, weder die für die Freiheit, noch die für die Einheit nothwendigen Bürgschaften zu geben, vielmehr muß er die Bildung einer durch die Nation frei und unmittelbar erwählten Repräsentation als die unerlässliche Vorbedingung jedes Gelingens bezeichnen.

IV. Der deutsche Abgeordnetentag betrachtet ferner die Anerkennung vollständiger Gleichberechtigung der beiden Großmächte im Staatenbunde als ein Gebot der Gerechtigkeit wie der Politik, und hält den Ausschluß der, vor dem Jahre 1848 nicht in den deutschen Bund aufgenommenen, preussischen Provinzen für unvereinbar mit den Forderungen der festeren Einigung und Stärkung deutscher Kraft, auf welche eine jede Reform des Bundes hinführen muß.

V. Unter allen Umständen sieht sich der deutsche Abgeordnetentag zu der Erklärung gedrungen, daß er von dem einseitigen Vorgehen der deutschen Regierungen eine gedeihliche Lösung der nationalen Reform nicht zu erwarten vermag, vielmehr die Berufung einer deutschen Nationalversammlung auf Grundlage der Normen, welche die deutsche Bundesversammlung selbst in ihren Beschlüssen vom 30. März und 7. April 1848 aufgestellt hat, und die Zustimmung dieser Nationalversammlung als unumgängliche Ergänzung bezeichnen muß. In der so berufenen Vertretung wird der Wille der gesamten Nation zu seinem berechtigten Ausdruck gelangen; ihr wird es zukommen, den ihr vorgelegten Entwurf sowohl im Ganzen als im Einzelnen zu prüfen und die Änderungen zu erwägen, unter welchen sie ihre Zustimmung geben kann, auf daß nicht aus dem begonnenen Werke, statt einer Erhebung und Kräftigung zum nationalen Leben, eine Schädigung der schon erworbenen Rechte und Freiheiten erwache.

Weitere Anträge sind gestellt von Becker (Dortmund), dahin gehend:

In Erwägung, daß der deutsche Abgeordnetentag zur Aenderung der vom deutschen Parlamente beschlossenen Reichsverfassung Vorschläge Namens des deutschen Volkes zu machen oder entgegenzunehmen nicht berechtigt ist, daß aber die Mitglieder des deutschen Abgeordnetentages — wie jeder deutsche Mann — so befugt wie verpflichtet sind, die unveräußerlichen Ansprüche des deutschen Volkes auf nationale Unabhängigkeit und staatliche Einheit jeder Zeit zur Geltung zu bringen, beschließt der zweite deutsche Abgeordnetentag, das dringende Verlangen auszusprechen, 1) daß das von dem deutschen Volke, unter Anwendung der Bundesratsbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848 frei zu erwählende deutsche Parlament schleunigst einberufen werde, und 2) daß diesem Parlament, wenn die deutschen Provinzen Änderungen an der deutschen Reichsverfassung für nöthig erachten, die hierauf zielenden Anträge zur Beschlussnahme vorgelegt werden.

Ferner von Belcker (Heidelberg) als Amendement folgender:

„Die Verammlung der deutschen Abgeordneten wolle beschließen: Es sei mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die deutsche Reichsverfassung, welche 1848 und 1849 von der gesetzgebenden Nationalversammlung beraten, beschlossen und verkündet wurde, alsbaldig ins Leben trete; daß insbesondere durch eine nach dem Reichswahlgesetz alsbaldig zu berufende Reichsversammlung im Verein mit den Regierungen eine zeitgemäße Ausfüllung der in der Reichsverfassung bestehenden Lücken, eine Vornahme etwa notwendiger Änderungen, sowie auch die angemessene Berücksichtigung aller etwaigen einseitigen Regierungsbeschlüsse in der deutschen Verfassungssache auf diesem allein rechtsgültigen Wege zur endgültigen Beschlussfassung gebracht werden; daß endlich, falls die Schwierigkeiten einer alsbaldigen Zusammenberufung der Reichsversammlung auf leichteren Wegen nicht zu beseitigen wäre, ein allgemeines nationales Vorparlament zusammengetreten, um zu beraten, auf welchen Wegen die Schwierigkeiten zu beseitigen sein möchten, welche sich dem endlichen Eintritt der Nation in ihre bürgerlichen Rechte und in eine würdige Stellung unter den Völkern der Welt entgegenstellen.“

Dr. Carl Grün beantragt: den Fürstentag zu ersuchen, sofort ein deutsches Parlament nach Frankfurt zu berufen auf Grundlage der Bundesbeschlüsse von 1848, und an Ersteren eine Deputation deshalb zu senden. v. Sybel (Düsseldorf) bringt ein Amendement zum Ausschussantrag, das Nr. 4 desselben gestrichen haben will. Einige andere übergehen wir. Benedek bringt den von mehreren Württembergern unterstützten Antrag: den gegenwärtig stattfindenden Beratungen der deutschen Fürsten gegenüber den Abgeordnetentag bis zum 18. Oktober zu vertagen, für diesen Tag alle Abgeordneten deutscher Nation zu einem Gesammttage aller Abgeordneten deutscher Nation zu berufen, und zwar, um, wenn bis dahin die Verfassung der Fürsten von diesen festgestellt und angenommen ist, dieselbe seinerseits im Namen des Volkes zu beraten und deren Befestigung durch eine Constituante zu betreiben, oder, wenn Oesterreichs Vorschlag nicht zu einer Verständigung der deutschen Fürsten führen sollte, die Berufung eines Parlaments zur Herstellung der deutschen Verfassung zu betreiben. Da die Verammlung die Frage, ob dieser Antrag absolut präjudicial sei, verneint, so erhält Häusser (Heidelberg) als Berichterstatter in der deutschen Frage das Wort. Er motivirt die Anträge des Ausschusses in längerer trefflicher Rede, welche auch eine klare und lichtvolle Analyse und Kritik der „Reformakte des deutschen Bundes“ giebt. Wir kommen darauf zurück. Als Nachtrag bringt der Ausschuss den folgenden Antrag:

„Die ständige Kommission wird beauftragt, dem weiteren Verlauf der neuesten Reformbestrebungen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und wenn Ereignisse eintreten oder veränderte Vorlagen erfolgen, welche eine Thätigkeit des Abgeordnetentages nothwendig machen, sofort die erforderlichen Schritte zu thun, namentlich eine außerordentliche Verammlung des Abgeordnetentages zu veranlassen, auch in geeigneten Fällen vorläufige Erklärungen auf der Grundlage der Beschlüsse des Abgeordnetentages in Vertretung desselben abzugeben.“

Die übrigen Antragsteller ergreifen danach das Wort für ihre Vorschläge; Benedek zieht im Hinblick auf den Ausschussnachtrag seinen Antrag zurück. Um 2 1/2 Uhr eine einstündige Pause.

— Häusser's Rede als Berichterstatter über die Ausschussanträge machte einen tiefen Eindruck. Der Redner bemerkte nach der „Nat. Ztg.“:

Die frühere Tagesordnung für den Abgeordnetentag habe anders gelaute; sie sei erst unter dem Eindruck der neuesten Ereignisse modifizirt worden. Erst seit zwei Tagen sei der österreichische Vorschlag veröffentlicht. Bei dieser Kürze der Zeit könne hier noch kein abschließendes Urtheil erwartet werden. Erfreulich sei jedenfalls die Thatsache, daß einer der mächtigsten Fürsten Deutschlands ohne unmittelbaren Drang der Verhältnisse die Frage der

deutschen Einheit in die Hand genommen, und daß auf seine Einladung die Fürsten fast sämtlich gekommen seien. Das Bedürfnis der Bundesreform sei damit auch von dieser Seite als unerlässlich und dringend anerkannt, und so die Erwartung berechtigt, daß nun die deutsche Frage nicht mehr von der Tagesordnung verschoben werde, daß sie nicht ferner todtschweigend sei. Dies Verdienst sei dem Vorgehen Oesterreichs anzuerkennen. Allerdings gehe die Reformakte von einem andern Standpunkte aus, als das bisherige Programm des Abgeordnetentages. Das letztere habe nicht eine Verbesserung des Staatenbundes, sondern die Begründung eines Bundesstaats erstrebt. Democh glaube der Ausschuss dem österreichischen Entwurf keine scharfe Negation entgegenzusetzen, sich nicht dem Vorwurf zuziehen zu lassen, daß jede Reform einfach abgelehnt werde. Aber es sei genau zu prüfen, ob der von dem Entwurf verlangte Preis auch im Verhältnisse stehe zu dem zu erlangenden Gute. Der Redner will nicht darauf eingehen, daß der Entwurf die Frage unbeantwortet lasse, wie der österreichische Gesamtstaat und die Gebietsverfassung vereinbar seien mit dieser neuen deutschen Bundesverfassung. Es seien dem Entwurfe keine Motive beigegeben, aus denen sich über diesen Punkt, wie über andere, Näheres ergeben lasse. Auch sei nicht zu erkennen, wie der bisherige Dualismus der beiden deutschen Großstaaten ohne gewaltthätige Reibung gebrochen werden solle. Oesterreich habe sich in der Reformakte entschieden eine bevorzugte Stellung angewiesen, nicht bloß in Betreff der Leitung der Geschäfte, sondern in höchst wichtigen anderen Beziehungen. Der Entwurf stärke und mehre die Bundesgewalt in ausnehmendem Maße. Dann waren aber auch in demselben Grade die konstitutionellen Rechte zu verstärken, damit das Gleichgewicht nicht zum Nachtheil der Volksinteressen beeinträchtigt werde. Hier aber zeige der Entwurf seine schwächste Seite. Der Redner ging auf die Stellung des Direktoriums, der ihm zugeordneten Hilfsbehörden (Kommissionen) und des Bundesraths ein. Es sei eine abso-lute Spitze geschaffen ohne verantwortliche Organe; dem Parlament seien nur äußerst dürftige Mittel der Kontrolle geboten. Was die auswärtige Politik betreffe, so sei der defensive Charakter des Bundes aufgehoben. Es sei wohl lockend, daß Deutschland als Gesamtstaat hingestellt sei, die in allen Gleichgewichtsfragen ihren Einfluß einzusetzen habe. Dem Direktorium seien die wichtigsten diplomatischen und militärischen Befugnisse übertragen, und so eine auswärtige Politik Deutschlands in Aussicht gestellt. Auch hier trete jedoch die Frage auf, in welchem Verhältnisse die Macht und Einheit der Centralgewalt zu dem Recht und der Freiheit der Einzelstaaten stehe. Der Redner geht hier auf die Bestimmungen ein, nach welchen Kriegserklärungen mit einfacher Majorität erfolgen, sobald außerdeutsches Gebiet einer deutschen Macht auch nur bedroht ist; da sei doch eine sehr bedeutende Ausbeutung der deutschen Wehrkraft im spezifischen österreichischen Interesse nahe gelegt. Der Redner beleuchtet hierauf die dem Direktorium beigelegte Polizeigewalt, die fast eine schrankenlose sei. Schon bei nur zu besorgender Hubschörung sei das Direktorium zum Einschreiten ermächtigt. Er vergleicht die betreffenden Bestimmungen der Wiener Schlussakte von 1820; obwohl aus der Zeit der Karlsbader Beschlüsse stammend, seien sie im Verhältnisse zu dem jetzigen österreichischen Projekt noch eine Garantie der konstitutionellen Freiheit zu nennen. Es solle jetzt eine polizeiliche Einheit ohne jede Schutzwehr begründet werden. Dergleichen könne sich unmöglich unabhängig einschließen haben. Wenn solche Spitzen heranstreten, dann müsse man, so sehr man auch Unitarier sein möge, sagen: dies ist nicht die Einheit, die wir begehren. Dagegen sei sich bei gemeinnützigen Einrichtungen eine große Vorsicht, der Autonomie der Einzelstaaten irgend welchen Abbruch zu thun. Um hier einzugreifen, sei eine Majorität des Bundesraths von mindestens 17 gegen 4, und in der Delegirtenversammlung von 1/3 Stimmen nöthig. Es werde da auch später, wie bisher, Alles scheitern, was die allgemeine Wohlfahrt fördern könnte. — Der Redner ging dann zu einer Kritik der Delegirtenversammlung über. Diese sei noch unter das Niveau anderer Körperschaften ähnlicher Art herabgedrückt. Man kenne den Charakter fast aller ersten Kammern in Deutschland, der keine Bürgschaft für eine nationale Entwicklung gebe. Diese enthielten ein Drittel, 100 Abgeordnete auf 300. Da seien nur noch 51 Stimmen von der anderen Seite herbeizuziehen, um eine feste reaktionäre Majorität zu bilden, und diese würden sich in ungünstigen Zeiten nur zu leicht finden. Die Delegirten aus den zweiten Kammern seien überdies einem fortwährenden Wechsel unterworfen, während die aus den ersten, die fast überall ein lebenslanges Mandat hätten, ein durchaus stabiles Element bildeten. Die Delegirtenversammlung solle nur alle 3 Jahre zusammenzutreten; regelmäßige Sitzungen seien unmöglich. Das Direktorium dürfe außerordentliche Aufgaben machen, unter Vorbehalt der Nachprüfung, wenn die Verammlung gerade nicht anwesend sei. Damit schwinde wesentlich die Kontrolle der Finanzen. — Die Verammlung solle allgemeine Grundsätze der Gesetzgebung aufstellen, namentlich für die Presse und das Vereinsrecht; einer Vertretung von diesem Charakter gerade die volksthümlichen Freiheitsrechte überliefern, heiße nicht sie schenken, sondern sie preisgeben. Schwer zu berechnen sei die Gestalt, welche die Fürstenversammlung, dieser neue Zwischenkörper, annehmen werde. Eine persönliche Beteiligung der Fürsten möge wohl manches Wünschenswerthe haben; aber ihr unverantwortliches Handeln ohne Minister sei doch in allen Fällen sehr bedenklich. In Betreff des Bundesgerichts sei das Statut abzuwarten, doch seien auch da manche bedenkliche Grundbestimmungen hervorzuheben. Die „Landesvertretungen“ der Einzelstaaten sollten das Klagerrecht wegen Verfassungsverletzungen haben; da sei ohne Zweifel gemeint, daß nur die beiden Kammern vereint die „Landesvertretung“ darstellten. Der Ausschuss habe Preußens Gleichstellung im deutschen Interesse beantragt. Der Entwurf bezwecke Oesterreich so entschieden, daß Preußens Ablehnung ungemein leicht gemacht sei. Es sei ferner des Ausschusses der Provinz Preußen in dem Ausschussantrage gedacht. Der Redner hebt mit großer Wärme unter lautem Beifall die Bedeutung gerade dieser Provinz, der Heimath Herders und Kants, und ihre Verdienste im Jahre 1813, sowie ihre freiwilligen Bestrebungen bis in die neueste Zeit hervor. Sie sei Deutschlands besonderer Stolz und dürfe nicht losgelöst bleiben. Der Redner weist schließlich auf die nur moralische Bedeutung des Abgeordnetentages hin und auf die unerlässliche Sanktion jeder Nationalversammlung durch ein Parlament. Er schloß unter lautem und anhaltendem Beifall der Versammlung.

Der Benedek'sche Antrag wurde erledigt durch einen andern, welcher den Ausschuss beauftragt, dem Verlauf der Reformangelegenheiten seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und in geeigneten Fällen entweder den Abgeordnetentag wieder einzuberufen, oder auf Grund der heutigen Beschlüsse weitere Resolutionen zu fassen. Benedek erklärt sich damit einverstanden.

Becker (Dortmund). Es ist nicht zu begreifen, wie man bei diesen, von dem Berichterstatter dargelegten großen Mängeln des österreichischen Reformprojektes doch noch auf den Entwurf eingehen kann. Je größer aber die Mängel sind, desto entscheidender ist die Verpflichtung, auf die Forderungen des Volkes für die Reichsverfassung von 1849 und die Berufung der Nationalversammlung zurückzugehen. Der Abgeordnetentag möge erklären, daß er die Reform des deutschen Verfassungswesens den Fürsten überlasse, aber, so lange ein besserer Verfassungsentwurf nicht vorliege, an der Reichsverfassung von 1849 und der Einführung derselben durch ein deutsches Parlament festhalten wolle.

Welcker: Mit der Kommission sei er nicht einverstanden, indem dieselbe an die Stelle der rechtmäßigen Reichsverfassung von 1849 eine Revision des österreichischen Entwurfs stellen wolle. Sei die Verfassung von 1849 nicht fehlerlos, so könne und solle sie durch die Nationalversammlung revidirt werden. Redner beleuchtet ausführlich die Entstehung der 1849er Verfassung, welche nach dem Bundesrecht und den Beschlüssen des Bundesrats die rechtmäßige Konstitution Deutschlands sei: die deutsche Nationalversammlung von 1848 sei als konstituierendes Parlament berufen und habe die Verfassung, das Ehrenwerk der deutschen Nation, auf rechtmäßige Weise zu Stande gebracht. Das ist der Rechtsboden des deutschen Volkes. Was soll eine deutsche Verfassung auch werth sein, was ein Namenswort noch gelten, wenn man die rechtmäßige Verfassung Deutschlands so leichtsinnig aufgeben wolle? Ohne Recht keine Ehre, kein Friede! (Anhaltendes Bravo.)

Dr. Karl Grün: Kompetent zur Entscheidung der deutschen Verfassungsfrage ist nur das Parlament. Dieses müsse berufen werden. Im letzten Abgange des Antrages des Redners sei die Abweisung einer Deputation in den Schoß des Fürstentages beantragt, um denselben die Beschlüsse des Abgeordnetentages zu übergeben.

Alex. v. Sybel (aus Düsseldorf) hofft keinen Erfolg von persönlichen Bemühungen im Sinne des Vordrängers. Der Antrag des Redners weiche vom Kommissionsantrag nur in so fern ab, als er offen ausspreche, es sei die österreichische Reformakte nicht annehmbar. Derselbe sei nicht nur bedenklich, sondern für die Bedürfnisse des Volkes nichts werth. Ferner amendirt der Redner den Kommissionsantrag dahin, daß das Festhalten an der Verfassung von 1849 nicht bloß bedingungsweise, sondern bedingungslos aus-

gesprochen werde. Art. IV. des Kommissionsantrages will Redner streichen, da die Frage über die Nachstellung oder Gleichberechtigung der beiden deutschen Großmächte lediglich der praktischen Politik anhebe. Liegt die Gleichberechtigung vor, so bedarf sie keiner besonderen Anerkennung. Man solle die Aufnahme der beiden östlichen Provinzen Preußens in den Bund nicht fordern, vielmehr Preußen die Mittel zu einer Politik außerhalb Deutschlands lassen, so lange man Oesterreich die Mittel dazu belasse.

Ammermüller von Stuttgart: Die Ausschussanträge behandeln den österreichischen Entwurf „mit Sammelhandschuh“. Die Verammlung solle sich unverholen aussprechen und namentlich betonen, daß die Fürsten nicht das Recht haben, einseitig über das deutsche Verfassungsrecht zu verfügen und daß die Reichsverfassung das positive Recht sei. Redner behält sich vor, seinen Antrag zurückzuziehen, falls er sich mit Welcker und v. Sybel über eine gemeinsame Fassung einigen könne.

Fischer aus Breslau spricht für eine Stärkung der Centralgewalt, die nur in der Hand eines Einzigen sein kann, nicht einem Direktorium anheimgegeben werden dürfe. Man solle bei der Reichsverfassung stehen bleiben. Redner beantragt schließlich, die Fürsten und Preußen um die Annahme der Reichsverfassung zu bitten. Es sei freilich nur ein Versuch. Wer die Centralgewalt übernimmt, der soll der deutsche Kaiser sein.

Schulze-Delitzsch vertheidigte in einer sehr beifällig aufgenommenen Rede die Ausschussanträge und ihr Ziel, Berufung eines Parlaments. Der von Oesterreich vorgeschlagene Weg sei eine bloße diplomatische Ablenkung von der rechten Bahn. Der Bundesstaat müsse das Ziel bleiben. Man würde den Kammer des Bundesrats nur verewigen und sich direkte Mitsprache für denselben auflegen, wenn man das österreichische Programm, das hier Niemand annehmen wolle wie es jetzt vorliege, auch nur in den Grundzügen billigen wolle. Dies sei nicht die Meinung, und man habe dazu auch kein Mandat. Aber die Diskussion solle man annehmen, ihr sei jetzt eine Gasse eröffnet. Man solle die Fürsten festhalten bei ihrem Bestreben, einen Ausweg zu finden, ihnen nicht durch einfaches Ablehnen diese Aufgabe abnehmen. Sie würden nicht ohne Parlament fertig werden können, und auf dieses sei vor Allem auszugehen; dies sei schließlich allein kompetent.

Becker und Welcker zogen später ihre Anträge zu Gunsten des folgenden, gemeinschaftlich formulirten, zurück:

„Die zum zweiten deutschen Abgeordnetentage versammelten deutschen Abgeordneten sprechen das dringende Verlangen aus:

- 1) daß die deutsche Reichsverfassung, welche in den Jahren 1848 und 1849 von der gesetzgebenden Nationalversammlung beraten, beschlossen und verkündet wurde, alsbaldig ins Leben trete;
- 2) daß deshalb das deutsche Parlament schleunigst einberufen werde; und
- 3) daß diesem Parlamente alle Anträge, welche auf eine zeitgemäße Ergänzung der Reichsverfassung und die Vornahme etwa notwendiger Änderungen zielen, namentlich alle Änderungsanträge der Regierungen, zur Beschlussnahme vorgelegt werden.“

Nach Schulze-Delitzsch sprach vor der Vertagung noch Trabert von Hanau: Der Antrag der Kommission sei zu diplomatisch, die Gegenanträge nicht politisch genug. Man solle dem österreichischen Projekt kein anderes entgegenstellen, wenn man hinter dasselbe keine Macht stellen kann. Um es durchzuführen, gehört die Gewalt der Revolution; aber die haben wir nicht, können sie auch nicht wahren. Gegen die thatsächlichen Bundesverhältnisse seien die österreichischen Vorschläge ein Fortschritt. Das möge man anerkennen, aber auch die Bedingung stellen, daß zur Ratifikation derselben eine Nationalversammlung berufen werde. In dieser Richtung stellt der Redner einen Antrag, welcher mit einer Annahme an das deutsche Volk, das Recht von 1848 und 1849 herzustellen, schließt.

Am Nachmittag hat nach telegraphischen Nachrichten noch Abg. Loewe (Dortmund) glänzend gesprochen, und es ist außer der Resolution noch beschlossen, den Ausschuss zu ermächtigen, nach Abschluß der Fürsten-Verhandlungen noch einen Abgeordnetentag zu berufen. Oesterreichische Abgeordnete sind bis jetzt nicht erschienen.

OS. Frankfurt a. M., 21. Aug. [Fürstentag; Ministerkonferenz.] Ich erfahre soeben, daß die Minister in voller Umarbeitung des Reformprojektes begriffen sind, was die Exekutivgewalt betrifft, also Direktorium und Bundesrath, um eine bessere den Machtverhältnissen mehr entsprechende Zusammensetzung herbeizuführen, worauf Oesterreich mit der größten Bereitwilligkeit eingegangen ist. Die ganze Arbeit wird fertig gemacht, Preußen der Platz offen gelassen, alles aber sofort zur Ausführung gebracht, was ohne Preußen zur Ausführung gebracht werden kann, namentlich auf Grund des Artikel 36 der Bundesakte die Volksvertretung sofort einberufen.

Hier finden Konferenzen der Minister statt, in welchen Einzelheiten des Reformprojektes diskutiert werden. Minister Roggenbach (Baden) soll erklärt haben, Baden müsse die Reformakte seinen Kammern zur Ratifikation vorlegen. Andere Minister schlossen sich an. Er empfahl direkte Wahlen. Man glaubt, daß ein alternativer Wahlmodus angenommen werden wird. — Ein Manifest der Fürsten an die deutsche Nation wird vorbereitet. (?) — Der Kaiser von Oesterreich geht heute zu einem Besuche des Fürsten Metternich nach dem Johannesberg. — Sämtliche Fürsten haben eine Einladung zum Wettrennen für Sonntag angenommen; viele haben eine Einladung zu einem Ball bei Baron Moriz Bethmann angenommen.

[Die Verhandlungen des Fürstentages] gerathen immer mehr ins Stocken. Nach Allem, was ich vernehme, schreibt der Korrespondent der „Nat. Ztg.“, stellt sich eine so große Verschiedenheit der Ansichten heraus, daß Oesterreich fast auf die Hoffnung verzichtet, hier auch nur das äußere Gehäuse seiner Vorschläge durch ein von den Souveränen unterzeichnetes Protokoll genehmigt zu sehen. Das Wahrscheinlichste ist, daß die Fürsten in den nächsten Tagen Abschied nehmen, ohne etwas zu hinterlassen, als — ihre Minister. Und da Oesterreich selbst sich mit großer Klarheit über die Unfruchtbarkeit aller bisherigen Verhandlungen durch „Mittelspersonen“ ausgesprochen hat, so wird wohl Niemand erwarten, daß diese mit dem hartnäckigen Vorsatz zusammenbleiben, sich nicht eher zu trennen, als bis sie die deutsche Frage gelöst. Der österreichische Entwurf ist damit nicht begraben, aber sein weiteres Geschick ist wesentlich an die Gunst der europäischen Verhältnisse gewiesen, und vorerst ist er auf den Werth eines Agitationsmittels herabgesetzt. Da man sich hier vorläufig gewissermaßen in einer Sackgasse befindet, so ist es auch nicht mehr als ein bloßer Zwischenfall, wenn der König von Sachsen heute mit einer ablehnenden Antwort des Königs von Preußen aus Baden-Baden zurückgekehrt ist. Der ursprüngliche Plan Oesterreichs war auf die Annahme seines Entwurfs en bloc in den ersten Tagen gerichtet. Nachdem dieser Plan mißlungen ist, wird in den wahrscheinlich sehr langwierigen Ministerkonferenzen Preußen die Pforte stets offen bleiben.

Frankfurt a. M., 22. August, Vormittags. [Telegr.] Die zweite Fürstentagssitzung hat um 11 Uhr begonnen und erwartet man von derselben entscheidende Beschlüsse. — Die Antwort des Königs von Preußen auf die Kollektiv Einladung der Fürsten war dem Vernehmen nach an den Kaiser von Oesterreich adressirt. — Die von einigen Zeitungen gebrachte Nachricht, daß die Rede des Kaisers vor ihrer Veröffentlichung Änderungen erfahren habe, wird offiziell als durchaus falsch bezeichnet.

Frankfurt a. M., 22. August, Nachmittags. [Telegr.] Nachdem in der heutigen Fürstentagssitzung das ablehnende Schreiben des Königs von Preußen verlesen worden, begann die Diskussion über einzelne Punkte des Reformprojekts. Das Resultat war dem Vernehmen nach bisher dem letzteren günstig und Ansichts auf eine Verständigung vorhanden. Wie gerüchtesweise verlautet, wäre das Direktorialverhältnis



bereits besprochen und geordnet. — Gestern hat Oesterreich an sämtliche beim Fürstentage beteiligte Kabinete Behufs Erwägung der Mittel zu thunlicher Beschleunigung der Verhandlungen eine Denkschrift gerichtet.

### Großbritannien und Irland.

London, 20. August. (Zum Frankfurter Fürstentage) Man kann nicht läugnen, daß selbst jene englischen Blätter, die seit Jahren das neue wie das alte Oesterreich mit Abneigung und Mißtrauen betrachten, die Nachricht von der österreichischen Einladung zum Fürstentag zuerst mit Staunen, aber nicht ohne Wohlwollen aufgenommen haben. Allmählich jedoch scheint diese Stimmung sich zu ändern. So unterwirft heute „Daily News“ (liberal und Organ Lord Russells) die österreichischen Vorschläge einer scharfen Kritik. Es heißt darin: Franz Joseph brauchte nur in Frankfurt ein Reform- oder Unions-Projekt vorzuschlagen, welches wenigstens den gemäßigten Liberalen Deutschlands annehmbar erschienen hätte. Statt dessen, was hat Oesterreich geboten? Einen illusorischen, unbilligen, unausführbaren und so gearteten Plan, daß er selbst den versammelten Fürsten als ein politischer Rebus, dem Volke aber als eine Täuschung und Schlinge erscheinen muß. Die Majorität der vollziehenden Behörde fällt in die Hände Oesterreichs und Bayerns, zweier durch Politik und Verschwägerung eng zusammenhängender, katholischer und in vielen Stücken retrograder Höfe. Solch ein Vorschlag ist nichts Geringeres, als eine Beleidigung Norddeutschlands, und anstatt Preußen seine Anhänger abwendig zu machen, ist er geeignet, ganz Deutschland auf Preußens Seite zu treiben. Deutschland ist viel zu weit vorgeschritten, um sich von einem Senat von Notabeln regieren zu lassen. Die österreichischen Staatsmänner haben durch den Vorschlag ihres Kaisers nur gezeigt, daß sie eben so weit hinter den deutschen Ideen zurück sind, wie Oesterreich selbst in politischen Bedürfnissen, in sozialer, intellektueller und politischer Entwicklung hinter Deutschland zurück ist. „Baut nicht auf Fürstentum“ wird wieder mehr als jemals Deutschlands Lösungswort sein. Was Deutschland braucht, ist eine von den Vertretern des Volkes verkündigte „Bill of Rights.“

— [Neue Panzerschiffe.] Die Eisengregatte „Achilles“, welche sich rasch ihrer Vollendung nähert, wird auf den Werften von Chatham von der nach ihr zu bauenden Fregatte „Lord Warden“ abgelöst werden. Der „Lord Warden“ wird fast ausschließlich, wie die „Royal Oak“, aus fremdem Eisenholz gezimmert. Es sollen bei ihm mehrere bedeutende Verbesserungen nach dem Plane des Hrn. Reed angebracht werden. Der Panzer wird nicht, wie früher bei dieser Klasse von Kriegsschiffen gebräuchlich war, am Bug und am Spiegel sich verdünnen, sondern überall die gleiche Dicke haben. Am Bug wird eine starke Batterie aufgestellt, und zwar so, daß die Geschütze geradeaus in der Richtung des Schiffes feuern; der Bug ist zu diesem Zwecke in eine Art von Thurm zu erhöhen. Da der „Lord Warden“ zum wenigsten 13 Knoten in der Stunde segeln soll, so wird sich diese Batterie als äußerst werthvoll erweisen, wenn es gilt, ein feindliches Fahrzeug zu jagen. Um den so schwer belasteten Bug zu stützen, wird der Rumpf der Fregatte in ein lang vorragendes Vordertheil ausgebaut, welches mehrere Fuß unter Wasser steht; eine Neuerung, welche von doppeltem Vortheil ist, indem sie nicht nur die Schwimmkraft der Fregatte erhöht, sondern ihr auch ein furchtbares Zerstörungsmittel liefert. Aus dem äußersten Ende des Vordertheils wird nämlich ein wie ein ungeheures Hackmesser gestaltetes Stahlinstrument angebracht, welches, als Sturmbockgebrauch, das feindliche Schiff ganz und gar durchschneiden kann; und wie man berechnet, sollen bei der gewaltigen Wucht eines Schiffes von solchen Dimensionen wie des „Lord Warden“ zwei Stöße mehr als hinreichen, das größte Fahrzeug in Grund zu bohren. Eine dem „Lord Warden“ in jeder Hinsicht ähnliche Panzerschiffe hat die Admiralität auf den Werften von Pembroke zu bauen befohlen, und es soll sofort damit begonnen werden. Sie wird den Namen „Lord Clyde“ tragen.

### Frankreich.

Paris, 20. Aug. [Der Kaiser in Chalons.] Aus Chalons vom gestrigen Tage meldet der „Moniteur“, daß der Kaiser am 18. d. das ganze Lager genau besichtigt und den Gesundheitszustand der Truppen, obgleich es doch in voriger Woche so heiß gewesen, ausgezeichnet gefunden habe. Uns kaiserliche Zelt zurückgekehrt, hat Sr. Majestät dann den Marschall Herzog von Tann empfangen. Gestern haben auch die Schießübungen der Feldartillerie stattgefunden, nach deren Beendigung der Kaiser aus dem Lager nach der Stadt ritt, um das große Etablissement des Herrn Jackson zu besuchen, wo Herr Daniel Hooibrenck „in der künstlichen Befruchtung der Cerealien und Obstbäume wunderbare Vervollkommnungen eingeführt und so einen Kulturzweig geschaffen hat, der für Frankreich eine Quelle großen Reichthums werden kann.“ Beide genannte Herren erhielten bei diesem Besuche das Ritterkreuz der Ehrenlegion. Am Abend um 7 Uhr traf im Lager der Fürst zu Hohenzollern nebst Sohn, dem Prinzen Anton, ein, begleitet vom Baron von Voß, dem Militär-Attaché der preussischen Gesandtschaft. Auch General Hamilton von der englischen Armee, so wie die Marschälle Graf Randon und Herzog von Magenta sind die Gäste des Kaisers, so lange derselbe im Lager bleibt.

— [Tagesnotizen.] Der Kaiser und der kaiserliche Prinz haben, wie der „Moniteur“ berichtet, gestern im Lager von Chalons dem Pferderennen, zu welchem trotz des schlechten Wetters eine ungeheure Menschenmasse zusammengeströmt war, und Abends dem Lagertheater beigewohnt. — Die Gnade Sr. Majestät ist am 15. August auch den Militärsträflingen zu Theil geworden; 505 ist der Rest ihrer Strafzeit erlassen und 325 die Strafzeit verkürzt worden. — Durch den Telegrammen erfolgte die Weisung an den preussischen Gesandten, Grafen von der Goltz, in Baden-Baden zu erscheinen. — Wie die „France“ meldet, hat der Minister des Innern Herr Bonudet an sämtliche Präfekten ein Rundschreiben gerichtet, welches die Präsidenten der Generalräthe ersucht, bei Eröffnung der Session keine politischen Reden zu halten. Schon im vorigen Jahre, fügt die „France“ hinzu, hatten die Präfekten vertrauliche Weisungen derselben Art erhalten. — Die Zerstörungen der Parteien der polnischen Emigration sind noch nicht geschlichtet, obgleich ihre Existenz auch geläugnet wird. Die „Opinion Nationale“ legt daher diesen Abend den Polen eindringlich ans Herz, sie möchten nicht um Nebenbuhler streiten bis die Hauptache geschlichtet sei.

— [Verwarnung.] Die „Gironde“ in Bordeaux hat eine zweite Verwarnung erhalten, weil sie von der Politik des Kaisers gesagt hat, dieselbe „wolle den Krieg um jeden Preis vermeiden und sich mit Wenigem zufrieden geben“, und weil sie ihre Leser „glauben zu machen gesucht, die Revue vom 14. August sei nicht wegen der großen Hitze, sondern aus Furcht vor Demonstrationen gegen jene zahme Politik abbestellt worden.“

— [Die anamitische Gesandtschaft] ist, dem „Pays“ zufolge, gestern auf dem Packetboote „Européen“ in Suez angekommen.

Die Dampf-Fregatte „Labrador“ in Toulon soll Befehl erhalten haben, sich zur Abreise nach Alexandrien vorzubereiten, um die anamitischen Gesandten an Bord zu nehmen.

— [Aus Mexiko], 12. Juli, wird über Spanien hierher gemeldet, Cobos und Benavides hätten in Uebereinstimmung mit Suarez die Absicht, zu fordern, daß Frankreich seine Intervention darauf beschränke, die Bestimmungen des Londoner Vertrages zur Geltung zu bringen.

— In der mexikanischen Frage spielt die klerikale Presse eine bedeutende Rolle. Der „Monde“ macht dem Kaiser Napoleon sogar das Kompliment, die Expedition nach Mexiko die „ausgezeichnetste That der letzten fünfzehn Jahre“ zu nennen; als Folgen dieser That erwartet man in jenen Regionen: „die Zurückverführung der anglosächsischen Race, die Restauration der Macht der lateinischen Race in Amerika, ein Schutz- und Trugbündniß mit den Südstaaten, und in Europa die Allianz zwischen Frankreich und Oesterreich“; aus dem französisch-österreichischen Bündniß würde dann das Aufgehen Piemonts sachgemäß folgen. Der Kaiser hat jedoch durch den neuesten Wahrspruch des Staatsrathes wie durch die Ernennung Duruys zum Unterrichts- und Baroches zum Kultusminister bewiesen, was er von diesen Komplimenten des „Monde“ denkt.

Aus Syrien wird dem französischen Moniteur von einigen Unruhen in der Umgegend von Damascus berichtet. Ein Detachement Gensdarmen war von den Djebel-Beduinien überfallen worden und hatte 4 bis 5 Mann dabei verloren. Eben solche Ueberfälle hatten bei Kistrut und selbst an den Thoren von Damascus stattgefunden. Man war über diese Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit sehr unruhig und verlangt ein energisches Einschreiten der türkischen Regierung.

Paris, 21. August. [Die deutsche Bundesreform.] Die hiesigen Blätter treten noch einiger Maaßen zurückhaltend auf, doch tadeln sie fast alle das österreichische Projekt. Die „Nation“ schreibt dem österreichischen Kabinete die Absicht zu, sich den Weg zum Eintritt in den Bund mit allen seinen Staaten anzubahnen, und sieht in der Bestimmung, daß der Wiener Reichsrath und die preussischen Kammern die Deputirten für das deutsche Haus wählen sollten, einen Angriff auf die Verträge von 1815, da in den beiden legislativen Staatskörpern Deputirte von Provinzen säßen, die nicht zum deutschen Bunde gehörten. „Europa darf“, diesem Blatte zufolge, „der Bewegung in Deutschland also nicht fremd bleiben.“

Paris, 22. August, Mittags. [Telegr.] Der „Courrier du dimanche“ glaubt die nachfolgende identische Schlusssatzung der drei letzten nach Petersburg gesandten Voten verbriefen zu können. Dieselbe lautet: Es bleibt jetzt dem Gouvernement die gebieterische Pflicht zu erfüllen, die ernsteste Aufmerksamkeit des Fürsten Gortschakoff für die Schwere der Lage und die Verantwortlichkeit, welche es Rußland auferlegt, anzuerkennen. Oesterreich, Frankreich und England haben es als dringlich bezeichnet, daß dem bedauernden Zustande, der voll von Gefahren für Europa, ein Ende gemacht werde; sie haben die Mittel angezeigt, deren Anwendung ihnen als eine Pflicht erscheint, um zu diesem Ziele zu gelangen. Wenn Rußland nicht Alles, was von ihm abhängt, thut, um die gemäßigten und versöhnlichen Absichten der drei Mächte zu verwirklichen, wenn es den durch die freundschaftlichen Rathschläge bezeichneten Weg nicht betritt, so wird es für die schweren Konsequenzen, welche die Verlängerung der polnischen Unruhen nach sich ziehen kann, verantwortlich.

### Belgien.

Brüssel, 20. August. [Der katholische Kongreß] zu Mecheln hält jeden Vormittag zwei Gesamtsitzungen, von denen die letzte öffentlich und den Vertretern der Presse zugänglich ist. Außerdem haben die fünf Abtheilungen am Vormittag Specialdebatten. In der fünften Sektion, welche mit der Presse und den Mitteln, der katholischen Publicität einen neuen Aufschwung zu geben, sich beschäftigt, hat man den Beschluß gefaßt, ein großes internationales Organ, „in dem Maaßstabe der Independance“ zum Zwecke der Vertbeidigung katholischer Interessen zu begründen. Nebenbei wurde erörtert, ob die katholischen Zeitungen Theaterannoncen bringen, am Sonntage erscheinen dürfen u. s. w. und die Frage bejaht, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Redaktionen dazu die Erlaubniß der geistlichen Behörden einholen. Fürst Czartoryski hat in der genannten Sektion einen mit stürmlichem Beifall aufgenommenen Vortrag zu Gunsten Polens gehalten. In der vierten Abtheilung über „christliche Kunst“ hat man dem gotischen Baustil ausschließlichen Beifall gezollt und sämtliche Kunstwerke und Bauten der Renaissance als heidnisch im Sinne verurtheilt. In der dritten Abtheilung hat man sich gegen nackte Statuen ausgesprochen. In der Gesamtsitzung hat Hr. Verspagen die Beschlüsse der ersten Sektion über eine allgemeine Organisation des Peterspennings zur Anzeige gebracht. Im Namen der zweiten Abtheilung hat Herr Graf v. Melun der Privatwohlthätigkeit die unbegrenzte Freiheit (namentlich in Bezug auf Stiftungen und Vermächtnisse) zuerkannt. Alle diese Beschlüsse sind vom Kongresse einstimmig genehmigt worden. (R. 3.)

Brüssel, 22. Aug., Mittags. [Telegr.] Gutem Vernehmen nach hat König Leopold dem Erzherzoge Maximilian erklärt, daß er in der mexikanischen Frage neutral zu bleiben wünsche. Das Projekt, in dieser Angelegenheit einen Familienrath zu halten, ist daher aufgegeben worden. Der Erzherzog Maximilian wird, bevor er sich nach Biarritz begibt, einige Zeit in Vaeen verweilen.

### Italien.

Turin, 20. August. Der Kommissions-Bericht über das Räuberwesen, der im Parlamente in geheimer Sitzung vorgetragen worden ist, steht heute in den Zeitungen. — Aus Rom wird der Tod des Kardinals Marini gemeldet.

— [Duell.] Der „Siccle“ bringt einen Korrespondenzartikel aus Turin, welcher über ein schreckliches Duell berichtet, das in Trapani zwischen Herrn Malato, Exadjutanten Garibaldis, welcher das Blatt „Caprera“ redigirt und einem Offizier der regulären Armee stattgefunden hat. Fünf Offiziere, welche sich durch einen Artikel des Blatts „Caprera“ beleidigt gefühlt hatten, verlangten von Herrn Malato Genugthuung durch die Waffen. Dieser erklärte die Herausforderung der fünf Offiziere der Garnison und außerdem der von fünf Unteroffizieren annehmen zu wollen. Das Loos fiel verhängnißvoller Weise zuerst auf den Lieutenant Nicolosi, früheren Offizier unter Garibaldi. Die Bedingungen des Duells waren schrecklich. Der Kampf sollte dauern, bis einer der Gegner tödtlich verwundet oder wenigstens absolut verhinbert wäre, den Kampf weiter fortzusetzen. Morgens wurde der ausgesuchte Kampfplatz von einer Schwadron Kavallerie umstellt. Die erwähnte Waffe war der Säbel. Der Kampf dauerte drei Stunden; nach vierzehn aufeinander folgenden Angriffen hatte Malato seinen Gegner leicht verwundet; zuletzt drang er mit einem wüthenden Hiebe auf seinen Kopf

ein, welchen Nicolosi freilich parirte, aber der Säbel fiel auf den Arm des Letzteren, welchem die Arterie und sechs Sehnen desselben durchschnitten wurden. Malato hat noch mit neun Gegnern den Kampf zu bestehen.

### Der Aufstand in Polen.

!! Aus Rußland, 19. August. Gestern gingen wieder fünfhundert Kosaken, nachdem sie aus dem Innern des Reichs in Petersburg angekommen waren und geraset hatten, mit dem Morgenzuge nach Polen ab. Unter ihnen befanden sich auch zwei Kosakenmädchen, welchen auf vieles Bitten gestattet worden, in die Reihen der Kämpfer einzutreten. Sie hatten ihre eigenen Pferde und Armatur auf ihre Kosten angeschafft und sich nur bedungen, bis zur völligen Beendigung der Kämpfe in Polen in den Reihen der Krieger bleiben zu dürfen. Die eine derselben war etwa 19 Jahr alt, eine recht hübsche Blondine, die andere, etwas älter und weniger hübsch, ist eine sehr geschickte Reiterin und versteht sehr gut mit der Lanze umzugehen und zu schießen, wie die von ihr abgelegten Proben bezeugten. Vor einigen Wochen ging auch bereits ein Mädchen mit dem neu errichteten zweiten Kosakenregiment nach Polen ab, und es soll eine förmliche Manie unter den Schönen der Donsteppen eingerissen sein, in die Reihen der Kosaken einzutreten, so daß eine Menge derartiger Gesuche noch vorliegen und viele schon zurückgewiesen wurden. Die Bittstellerinnen haben jede irgend Jemanden der Jhren — diese einen Bruder, jene einen Bräutigam — in Polen verloren und brennen vor Begierde, diese zu rächen.

Aus Polen gehen die Nachrichten hier sehr spärlich ein und es scheint fast, als wollte man solche Nachrichten, welche irgend etwas für die Russen Unangenehmes bringen könnten, zu unterdrücken suchen, um nicht die herrschende Unzufriedenheit in Bezug auf gewisse Personen und Verhältnisse noch zu steigern. Soviel man unter der Hand indeß hört, sollen im Innern der Revolutionspartei bedeutende Zwistigkeiten ausgebrochen sein. Eine Stelle aus einem aufgefangenen Briefe aus dem Lager der Zursurrektion lautet sehr kennzeichnend für diese Angelegenheit, indem es daselbst heißt: „Die Herren in Paris, welche bisher viel Geld im Interesse unserer Sache an sich genommen und wahrscheinlich nur für ihre Zwecke verwendet haben, finden in dem P. B. T. und vielen Andern dieser Partei ein williges Echo, und es steht eine große Remotion in unserem Innern bevor, welche uns mehr schaden wird, als die Bajonnette und Kugeln unserer moskowitzischen Bedränger und die Spürnasen der pichelhaubigen Schirren des weißschwarzen Nachbarn.“ Was soll aus uns und allen denen, welche sich unserer Sache angeschlossen, endlich werden? — werden wir sie mit Versprechungen hinhalten und befriedigen können, wie wir sie an uns ketteten? — Die... (hier folgen eine Menge Buchstaben und Namen, so wie auch einige Phrasen ganz in Chiffren, also dem Uneingeweihten nicht verständlich.) — Die Unterschrift und Schluß ebenfalls in Chiffren. Der Adressat, an welchen der Brief angeblich befördert werden sollte, ist, wie verlautet, nicht aufzufinden, also der Name wahrscheinlich nur fingirt.

In Kiew soll sich ein Verein im Geheimen gebildet haben, dessen Mitglieder sich eidlich verpflichtet und gegenseitig verbindlich gemacht, zur Auffindung der sogenannten geheimen Regierung überall und in allen Richtungen zu wirken und nichts unversucht zu lassen, diese geheime Macht endlich ans Licht ziehen und die Provinzen von dem Schreckbilde, das schon so lange auf alle Verhältnisse störend und lähmend wirkt und schon so viele unglückliche Opfer verschlungen hat, zu befreien. Wie es den Anschein hat, fängt die bisher in Furcht und Schrecken befangene gewesene Menge endlich an zu erwachen und einzusehen, wie die Stärke jener geheimen Regierung lediglich in der Regungslosigkeit und Schwäche der eingeschüchterten Partei bestehe. — Unweit Kowno wurde am 13. d. M. im Walde wieder ein Opfer dieser Schreckensregierung gefunden, ein Dorfschulze mit abgeschnittenen Ohren, verstümmelten Händen und dem bekannten Merkmale, ein Zettel mit der Aufschrift: Verräther am Vaterlande, an einem Baume hängend. Man rechnet, daß bis jetzt gegen neunhundert und achtzig Personen, darunter über hundert Weiber und auch einige Kinder, auf diese Weise als Opfer durch die Henker der geheimen Regierung gefallen seien. — Vor zwei Jahren bereits wurde der Befehl erlassen, daß neuerrbauende Gebäude in der Hauptstadt mit Zink oder Eisenblech zu bedachen seien. Jetzt ist eine Verschärfung dieses Befehls erschienen und dürfen Dachreparaturen an Wohngebäuden, wenn sie auch mit Dachsteinen bisher bedeckt waren, nur durch Ergänzung mit Zink oder Eisenblechplatten geschehen.

\* Warschau, 16. August. Nach dem „Ezas“ haben die Russen gestern in der „Neuen Welt“ eine gleiche Jagd abgehalten, wie vorgestern auf der Krakauer Vorstadt. Der zehnte Bezirk war mit Verhafteten überfüllt; heute morgen wird die Jagd fortgesetzt. Der Polizei ist die Aufgabe geworden, innerhalb zehn Tagen à tout prix die Mitglieder der „Nationalregierung“ zu ermitteln. Zu diesem Behuf ist der Plan des verwundeten Drozdowicz angenommen, folgenden Inhalts:

- 1) da in Warschau viele Personen wohnen, ohne angemeldet zu sein, oder unter falschen Namen,
- 2) da bei Hausdurchsuchungen in der Regel nichts gefunden wird, weil die Agitatoren, welche für die Nacht in ihre Wohnung kommen, alles in sicheren Verstecken verwahren,
- 3) da in den Kaffee- und anderen öffentlichen Häusern die Agitatoren ihre Beratungen halten und die Nationalwache mit Dolchen denselben beivohnt,

so ist das erfolgreichste und sicherste Mittel, aller aktiven Mitglieder der Organisation habhaft zu werden, die Ergreifung derselben auf den Straßen und ihre sofortige Revision.

Außerdem werden auch die Hausdurchsuchungen fortgesetzt.

\* Wilna, 10. August. Wir lesen im „Wilnaer Kurier“, daß die vom Kriegsgericht zum Tode Verurtheilten, Joseph Jablonski und Karl Sipowicz, überwiesen, dem geh. polnischen Nationalkomité in der Eigenschaft als geheime Spione in der Stadt Wilna gedient zu haben, um dessen Todesurtheile zu vollstrecken, der Letztere außerdem verdächtig, um die Verschwörung gegen das Leben des Marschalls Domostojew zu haben, am 7. August 11 Uhr Morgens auf dem Marktplatz erhängt worden sind; der Bürger Boleslaus Romanowicz aber aus Rücksicht auf sein offenes Geständniß zum Verlust aller bürgerlichen Rechte und zur Deportation auf unbestimmte Zeit verurtheilt worden ist. — Da die zu Gefängnissen eingerichteten Klöster nicht mehr zur Aufnahme aller Verhafteten ausreichen, so will Murawiew dieselben nach Finnland, und von da ins Innere Rußlands schicken. Der „Wilnaer Kurier“ enthält wieder eine ganze Spalte neuer Sequestrationen, unter diesen die der Güter der Fürsten Drucki-Lubecki und Mirski.

\* Die Uebersetzung des polnischen Originals ist wortgetreu. Der Brief selbst ist von Warschau privatim an einen in Petersburg lebenden Polen geschickt worden, durch Verhaftung des Uebersetzers (wegen verdächtigem Papiere) mit dessen Papieren in die Hände eines Beamten gelangt und von diesem, mit höherer Erlaubniß, uns zur Einsicht gestattet worden.



\* Lemberg, 18. August. Hausfuchungen und Verhaftungen dauern in großem Maßstabe fort. Fürst Adam Sapieha hat beantragt, ihm gegen Kaution eine Babereise nach Gleichenberg zu gestatten, und sich erboten, auf seine Kosten die erforderlichen Mannschaften zu seiner Bewachung mitzunehmen, die Gerichte beider Instanzen haben den Antrag aber abgelehnt. Der Fürst hat sich jetzt an den Justizminister gewendet. Die Lemberger Bürgerschaft beabsichtigt eine Deputation nach Wien zu senden, um das Geseß des Fürsten zu unterstützen.

Der Chefredakteur der „Independance belge“ hat von dem Sekretär des Marquis Wielopolski, Herrn Potkowski, eine Zuschrift erhalten, in welchem derselbe im Auftrage Wielopolski's erklärt, daß die dem Marquis zugeschriebenen Briefe an den Kaiser von Rußland, um die Forderungen Frankreichs, Englands und Oesterreichs zu unterstützen, vollständig erfunden sind.

### Dänemark.

Kopenhagen, 18. Aug. [Dänemark und der Fürstenkonflikt.] In der heutigen Nummer von „Dagbladet“ wird die an den König gerichtete Einladung des Kaisers von Oesterreich, an dem Fürsten-Kongreß in Frankfurt Theil zu nehmen, besprochen. Man würde sich wohl nicht täuschen, heißt es darin, wenn man annähme, daß der Kaiser die Einladung an den König eher, um nicht eine verlegende Ausnahme zu machen, als in der Hoffnung, sie angenommen zu sehen, habe ergehen lassen. Der König würde sie bei der Lage Dänemarks dem Bunde gegenüber nicht haben annehmen können, ohne sich in einer persönlichen Zusammenkunft mit den Bundesfürsten einer durchaus falschen Stellung aussetzen. Der König sei nicht wie der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen vor allem deutscher, sondern vor allem dänischer Souverän und nur in zweiter Linie als Herzog von Holstein und Lauburg deutscher Bundesfürst. Hierzu komme nun noch ein Umstand von größerer Wichtigkeit. Den König würde nichts verbinden, an dem Kongreß theilzunehmen, wenn es ein mit Autonomie ausgestattetes Herzogthum Holstein gäbe, dessen konstitutionelle Entwicklung nicht auf den übrigen Theil der Monarchie reagire; er würde dann, ohne Gefahr für seine dänischen Gebiete, die Herzogthümer Holstein und Lauburg die angeordnete Richtung verfolgen lassen können; so weit man aber noch nicht gekommen. Seit einer langen Reihe von Jahren arbeite der Bund unaufhörlich daran, die Souveränität des Königs zu untergraben, den ruhigen Fortschritt der Entwicklung der Monarchie zu stören, kurz ganz Dänemark unter die Herrschaft seiner Kompetenz zu ziehen. Dabei insinuirte die deutsche Presse Dänemark täglich durch Aufbesoreien, die Minister und Kammer in im großen deutschen Vaterlande schienen in Beleidigungen gegen die dänische Nation zu verfallen, und der Bund, weit entfernt, seinem Stützungsprogramm, wonach er eine Schutzmacht der Fürsten gegen feindliche Angriffe und Umwälzungen sein sollte, nachzukommen, habe fortwährend einen versteckten und systematischen Krieg gegen die heiligsten Rechte des Königthums geführt, indem er stets die Sache der revolutionären Faktion und der Insurrektionspartei unterstützt habe. Wie sollte der König von Dänemark persönlich an den Beratungen derjenigen Theil nehmen können, die sich den königlichen Namen seiner Verbündeten gaben, während sie in der That sich als seine Feinde betrügen? Wie sollte er, der nur Offenherzigkeit und Loyalität liebt, denjenigen die Hand drücken können, die erst vor sechs Wochen eine Exekution gegen ihn dekretirt hätten, über deren Ungerechtigkeit in ganz Europa nur eine Stimme sei. (?! Für Dänemark siehe unter jetzigen Umständen dem Fürsten-Kongreß gegenüber nur ein Weg offen, nämlich wiederholt und in kräftiger Weise den unumstößlich wahren politischen Grundfals hervorzuheben, daß die Konventionen von 1851–52, welche Deutschland so oft angerufen, den damaligen Zustand des deutschen Bundes zur Basis hatten und daß jede Veränderung dieser Basis notwendiger Weise auf die Beziehungen Holsteins zu den übrigen Theilen der Monarchie zurückwirken müsse. Ein einheitliches, die ganze Monarchie umfassendes System würde nur dann möglich sein, wenn der Bund nicht das innere Leben der Bundesgebiete verlegte und nur eine Allianz der Fürsten zu gegenseitigem Schutz wäre. So wie dagegen die konföderierten Länder sich zentralisiren und auf die Bahn einer breiten und wachsenden Einheit einlenken, werde es absolut unmöglich sein, daß ein einheitliches System unabhängige Gebiete mit Provinzen vereinige, welche den ihnen auferlegten Bundesbedingungen nachkämen. Die Reform des deutschen Bundes, welche der Fürsten-Kongreß herbeiführen sollte, sei folglich ein neues Moment von höchster Bedeutung für die Autonomie Holsteins, welche die einzige mögliche Lösung des dänisch-deutschen Streites sei. Die Neuue fügt hinzu, daß, insofern sie gut unterrichtet sei, die hervorgehobene Erwägung sich ebenfalls in den politischen Dokumenten, mit welchen der Minister des Auswärtigen die ablehnende Antwort an den Kaiser Franz Joseph begleitet habe, stark ausdrückt finde.

### Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. August. [Das Czartorski'sche Komitee in Paris.] Das seit den letzten Monaten die Insurrektion in Polen leitet und führt, ist in seinen Mitteln eben nicht wählerisch. Sein hauptsächlichstes Mittel, um auf die öffentliche Meinung zu wirken, ist die planmäßige Vertheilung von falschen oder verfälschten Nachrichten über den Aufstand, seine Organisation, Ausdehnung, und Erfolge. Die Fabrikation dieser Lügenberichte geschieht durch Agenten, die für diese Zwecke eigens in Krakau, Posen, Lemberg stationirt und für ihre Machwerke besoldet sind. Das Material erhalten sie von den Helfershelfern des Komitee's, unter deren Aufsicht sie arbeiten. Diese Berichte werden übersezt und umgearbeitet verschiedenen Zeitungen zugesendet. In Posen wurden dieselben längere Zeit durch den Privatsekretär des Grafen Dzinski fabrizirt, den letzterer sich eigens aus der Emigration dazu verschrieben hatte. Selbst in Deutschland geben sich gefinnungslose Blätter zur Verbreitung solcher Zustufendungen her, die im wüsten Parteitreiben das Gefühl für die Ehre und die Interessen des eigenen Vaterlandes eingebüßt haben. In Frankreich sind es die Blätter von der Partei des Prinzen Napoleon, in denen jene gefährlichen Berichte abgelagert werden. Welche Gefinnungen diese rauf- und beuteltüftige Partei hegt und wessen insbesondere Deutschland von ihren polnischen Sympathien sich zu versehen hat, ist genugsam bekannt. Die Unkosten für Befolgung der Agenten bringen sich reichlich ein, so daß die hohen Gönner wenig beizutragen haben. Das polnische Komitee hat nämlich wohlweislich dafür gesorgt, daß allerwärts, so weit sein Einfluß reicht, Sammlungen für die „heldenmüthigen Freiheitskämpfer“ für „die unglücklichen Opfer der Barbarei“ für „die armen Verwundeten“ veranstaltet werden. Je fruchtbarer die Phantasie der Agenten in Erfindungen von Ungeheuerlichkeiten ist, je drastischer ihre Schilderungen, je rührender ihr Stil, desto reicher fließen die Beiträge. Die edelmüthigen und gar nicht interessirten Fürsten Czartorski aber sind immer bereit die frommen Spenden anzunehmen und wie sie sagen im Sinne der Geber zu verwenden. Mindestens 3 Millionen Franks sind auf diese Weise in die Hände des Fürsten Wladislaus Czartorski gelangt. Seiner und seiner erlauchten Schwiegermutter und hochgeborenen Vetterin Privatkasse kam dies trefflich zu statuten. Denn nach der Ansicht dieser Herren ist es sehr thöricht, eigenes Vermögen für die Herstellung Polens zu opfern. Die polnische Aristokratie aber ist viel zu geschäftig, um solche Thorheiten zu begehen und überläßt es der Jugend und dem Volke die Kaskanen aus dem Feuer zu holen, die gemächlich zu verspeisen ihnen gelistet. Leider zeigt das Volk wenig Neigung die ihm zugedachte Rolle zu spielen. Es verspürt gar keine Lust für hochgeborene Grundherren und einen übermüthigen Klerus seine Haut zu Markte zu tragen. Da heißt es denn: Auch unser Volk ist noch immer nicht reif! Laßt uns eifrig arbeiten, damit es der Stimme

seinen geistlichen Hirten, dem Mufe seiner aufgeklärten Brüder folgt. Fürst Czartorski weiß noch ein wirksameres Mittel. Seine Agenten sprengen in den Dorfschänken aus, daß ganz Europa für Polen schwärmt und bereit ist, zu den Waffen zu greifen. Die Franzosen marschiren schon durch Deutschland, die Schiffe der Engländer sind in der Ostsee, Garibaldi naht von Süden, die deutschen Demokraten revoltiren in Berlin, Königsberg, Breslau. Und das Alles für Polen, dessen biederer Volk ungläubig zuhört und desgleichen Schwindels von 1848 gedenkt. Doch Fürst Czartorski läßt nicht nach. Ein schlimmer Strich durch seine Rechnung waren die preussischen Prefordonnangen. Um den Schaden aus einer anderen Seite wieder gut zu machen, läßt er in Paris durch zwei Agenten, Cousin und Stuart, unter der Arbeiterbevölkerung agitiren und sie aufzureden, auf den Straßen sich zusammenzurotten, und Demonstrationen zu machen. Auch werden Handwerker, die im Militär gedient haben und denen das Arbeiten in der Werkstatt nicht mehr behagt, angeworben und nach Posen und Galizien spedirt. Die Agenten versprechen den Angeworbenen Geld und Ruhm in Menge. Das Wenigste ist ein Patent als Lieutenant oder Kapitän. Die Leute werden dann in das Lokal des polnischen Komitee's bestellt, das im Hause des Grafen Wladislaus Zamoycki sich befindet. Dort erhalten sie 2 bis 300 Frank und die Adresse, an die sie sich nach ihrem Eintreffen im Lande zu wenden haben. Natürlich sehen diese Fremden bald ein, daß sie geblöbelt getäuscht sind. Aber ohne Geld zur Rückkehr, ohne Kenntniß der Sprache sind sie auf die Unterstützung der Helfershelfer des polnischen Komitee's angewiesen, die sie von Gut zu Gut herumtschicken, um zu den Leuten sagen zu können, seht diese Fremden! Sie kommen um für Polen zu kämpfen und Ihr wolt die Hände ruhen lassen und für Polen Nichts thun. Aber wie alle Pläne, die auf Trug gebaut sind, so scheitert auch diese Intrigue und schlägt zum Nachtheil ihrer Urheber aus. Die Fremdlinge machen so bald sie können, von dem unwürdigen Spiel sich los, das man mit ihnen treibt, und kehren in ihre Heimath zurück, ernüchtert und gehetzt von ihren Sympathien für den polnischen Aufstand.

Posen, 24. August. [Insurgenten.] Wegen Verdachts der Theilnahme am Aufstande im Königreich Polen sind am Sonnabend 6 und gestern ebenfalls 6 Personen aus Breschen mittelst Militärtransport hier eingebracht und an das Polizeidirektorium abgeliefert worden. Sämmtliche 12 Personen sollen bereits im Gefängnisse des Kreisgerichts zu Breschen inhaftirt gewesen sein.

Bei der hiesigen „Ostdeutschen Zeitung“ ist ein neuer Redaktionswechsel eingetreten. Seit Freitag wird dieselbe von einem Herrn Schieweck verantwortl. gezeichnet.

[Unglücksfall.] Bei dem Brigaderezerzieren am Sonnabend stach ein Soldat des 2. Bataillons 46. Infanterie-Regiments beim Herabsteigen von einem Vergabhang seinem Vorgesetzten das Bajonett, welches er unvorsichtig getragen haben mag, durch die Nase, so daß die Spitze bei einem Auge herauskam; glücklicherweise wurde letzteres nicht beschädigt. Die Stichwunde dürfte daher wohl nicht sehr gefährlich und in kurzer Zeit zu heilen sein. Der Verunglückte ist sofort per Wagen nach dem Militär Lazareth geschafft worden.

[Diebstahl.] Bei dem Fleischermeister W. war am Sonnabend Vormittag ein junger Mann beifällig gewesen, das Schlachtvieh zu füttern. Gegen Mittag vermisste W. aus seinem unverschlossen gebliebenen Stalle eins seiner besten Kälber. Da sich auch der junge Mensch entfernt hatte, so fiel auf diesen der Verdacht, das Kalb entwendet zu haben. W. begab sich auf die Thore, um Nachfrage zu halten und fand in der Thorkontrolle am Widathor das ihm entwendete Kalb, welches durch einen Steuerbeamten dorthin gebracht worden war. Der Beamte befand sich nämlich am Sonnabend Vormittag am Stadthofthore, durch welches der Dieb das Kalb gestohlen hatte. Angehalten und nach dem Buch befragt, wollte er dieses verweigern, eilte nach der Stadt zurück, um dasselbe zu holen, kam aber, wie zu erwarten war, nicht wieder, worauf das Kalb nach der bezeichneten Thorkontrolle gebracht wurde. Der Dieb wurde am Sonnabend Abend noch ermittelt und zum Polizeigewahrsam gebracht.

\* Aus dem Posener Kreise. In der verflossenen Nacht brach bei dem Wirth Johann Schneider in Demsen Feuer aus, welches eine gefüllte Scheune und zwei Stallgebäude, in denen drei Schweine verbrannten, in Asche legte. Ueber die Entstehungsart des Feuers ist nichts zu ermitteln gewesen. Spritzen waren vom Bahnhof und aus Morast auf der Brandstätte erschienen. Aus Posen keine. In Zabikowo wollte gestern Nachmittag eine Frauensperson ihr Kind dadurch tödten, daß sie ihm Sand in den Mund that, um es zu erstickern. Sie wurde dabei überrascht und wird heute dem Gerichte übergeben.

H Bnin, 23. August. [Militärisches; polnische Angelegenheiten; neue Zeitschrift.] Das in Kuruz nur kurze Zeit gestandene Militär-Kommando ist gestern nach Santomysl, wo bis jetzt noch kein Militär gestanden hat, gerückt, und in Kuruz durch Mannschaften des 6. k. Infanterie-Regiments aus Schwerzen und 10 Husaren aus Posen wiederum ersetzt worden. — Vor einigen Tagen wurden hier zwei fremde junge Polen angehalten und bei ihnen ein religiöses polnisches Lied vorgelesen, in welchem es ausdrücklich heißt: „Dieses Lied sei im Jahre 1772 dem Papst von Engeln diktiert worden, und Jeder, der es bei sich trüge, würde von keinem Unglück heimgegriffen, von jeder Krankheit genesen, von jeder Angel getroffen und jede Jungfrau leicht gebären“ u. s. w. — Nach einem so eben aus der Fabrikstadt Lodz, wo bekanntlich fast lauter Deutsche wohnen, erhaltenen Briefe, sind die dortigen Verhältnisse, namentlich für die Deutschen, sehr traurig. Diese sind anfänglich, bevor Russen die Stadt besetzten, von den Insurgenten buchstäblich ausgezogen worden. Der Handel und Verkehr stößt total, bei Tag und Nacht keine Ruhe, und wer nur irgend fort kann, geht ins Ausland. Zwei erwachsene Söhne meines Schwagers wurden in Warschau gezwungen, dem Aufstande Treue zu schwören, in Uniformen gekleidet und sollten eben in die Wälder abgeführt werden, als es dem noch rechtzeitig aus Lodz herbeigeeilten tiefbetrübten Vater gelang, seine Kinder zu entführen und nach Preußen zu bringen. Dem Vater wird mit dem Tode gedroht, er darf sich nicht sehen lassen, und wenn gleich bei ihm ein russischer Besatz mit Bedienten und noch 10 Kofaken in Quartier liegt, wird dennoch fast jede Nacht an die Fenster geklopft und gerufen: „Wehe Dir Spion, wenn Du nicht bald Deine Söhne gestellst.“ Wer nicht einige Zeit jetzt in Polen gelebt hat, kann sich keinen Begriff von den gegenwärtigen frostigen Zuständen daselbst machen. Jeder seht sich nach Ruhe, und ist fast allen Leuten noch dann zufrieden, wenn Russen um ihn sind. — Im Anfange des Ercheinens der Kreisblätter mußten dieselben von allen Schänken gehalten werden, und erst einespäter erschienene ministerielle Bestimmung hatte den Zwang aufgehoben. Jetzt wird dem Kreisblatt von Schrimm noch ein zweites Blatt, „Provinzial-Korrespondenz“ benannt, im Druck und Verlage in Berlin in der Geheim-Ober-Hofbuchdruckerei von H. Decker, und redigirt durch H. Wenzel, beigelegt, welches außer einer Wochenschau nach Innen und Außen, auch noch im konservativen Sinne geschriebene politische Aufsätze enthält. Gestern morgen ist dies sammtlichen hiesigen Schänken im Magistratslokal eröffnet und ihnen der höheren Orts ausgesprochene Wunsch zur Kenntniß gebracht worden, sich nunmehr für dieses Blatt zu interessieren. Nur ein Schänker, welcher sonst keine anderen Zeitungen liest, hat darauf abgemitt.

\*\* Dobrzycza, 21. August. [Brandstiftung; Beschlagnahme; Einquartierung.] Unserem neulichen Berichte über die wiederholten Brandstiftungen bei dem Gastwirth St. fügen wir heute noch hinzu, daß am 18. d. Mts. zum fünften Male, und zwar wieder im Stalle Feuer angelegt war, das bald unterdrückt wurde. Wäre es nicht zeitig bemerkt worden, so würde die nicht versicherte Kuh erstickt sein. — Am 18. d. Mts. wurden auf dem dem Beschlager v. Wukulowski zu Kottin gehörigen Gute Luthnia 3 Pferde mit Beschlag belegt und nach Krotoschin geführt. Der hiesige Bürgermeister und 3 Gendarmen vollzogen die Beschlagnahme im Auftrage des Krotoschiner Landrathsamts. Der Inspektor des Gutes wurde hier protokolllär vernommen und erklärte, er wisse nicht, wie die Pferde dahingekommen seien und wem sie angehören. Es dürfte zweifellos sein, daß diese Pferde zu Insurrektionszwecken dienen sollten. — Heute sind vom 10. Ulanen-

Regiment 111 Pferde mit den nöthigen Mannschaften hier einquartirt. Das Detachement rückt in seine Garnison (Büllschau) zur Rekrutenausbildung und Reimontirung.

\*\* Dobrzycza, 23. August. [Hausfuchung.] Bei dem Gutsbesitzer Jordan zu Erzbien wurde vorgestern durch Gendarmen, welche sich von einem durch einen Offizier geführten Detachement der hier gerade übernachtenden Ulanen begleiten ließen, eine Hausfuchung nach Waffen, welche dort verborgen sein sollten, abgehalten. Dieselbe war ohne Ergebnis. Der Besitzer sagte vor dem Abreiten des Kommando's, er habe schon vor drei Tagen erfahren, daß eine Hausfuchung bei ihm stattfinden werde.

† Von der Drä, 22. August. [Landstreicher-Unwesen.] Die Landstreicherei ist zur Tagesordnung erhoben. Man sieht junge und rüstige Kerle herumziehen, die für verschiedene Eventualitäten mit einstudirten Recken verleben sind. Treffen sie auf einen Deutschen, so wird eine Lebensgeschichte von Erlebnissen in Polen beigelegt. Die Insurgenten haben sie geraubt, zum Mithgehen gezwungen und deshalb seien sie flüchtig geworden. Treffen sie auf den Träger eines Schnurrodes, oder einer viereckigen Mäse, so haben sie Schlächten mit den Insurgenten geschlagen, von denen die Mäse welt noch ihren Entfeln erzählen wird; haben eine Gefangenschaft und Auslieferung erlebt, die den Zuhörer mit Grausen erfüllt. Der Unfug muß übrigens allgemein aufgetreten sein, wenigstens hören wir, daß die königliche Regierung den Polizeibehörden Strenge gegen das arbeitsschene vagabondirende Gesindel einschärft hat. Die Polizeibehörde wird aber allein dem Unfug nicht steuern können, so lange nicht die Bewohner selbst durch Verweigerung aller Gaben an diese Vagabonden dieselben zur Ergreifung einer sie nähernden Beschäftigung zwingen. Hieran haben wir die Aufmerksamkeit der Betheiligten lenken wollen.

† Wollstein, 23. August. [Verschiedenes.] Auf Anregung des Domherrn Brzinski aus Posen, der vor ca. 14 Tagen hier anwesend war, hat sich unter den hiesigen Katholiken ein Vincenzverein gebildet, der bereits 15 Mitglieder zählt. Die Tendenz des Vereins ist bekanntlich: Wohlthaten selbst an moralisch verdorbenen Individuen auszuüben, um sie hierdurch zu bessern. — In diesen Tagen fand in Tepperbuden, im hiesigen Kreise, ein Knabe von 12 Jahren dedurch seinen Tod, daß ihn eine Kuh, die er schwemmte und an einer Leine festhielt, mit in das Wasser zog, wobei er ertrank. — Gestern sind fünf barnberzige Schwwestern aus Posen hier angekommen, um den Unterricht und die Erziehung in der hiesigen katholischen Weisenanstalt zu übernehmen. Die früher an der Anstalt wirkenden barnberzigen Schwwestern sind bekanntlich vor einigen Monaten, wie damals allgemein verlautete, wegen Insubordination von der geistlichen Oberbehörde in Posen abberufen worden. In der Zwischenzeit hatte Fräulein Adele v. Gajewska, die Begründerin der Anstalt im Jahre 1849, die Oberleitung derselben selbst in die Hand genommen. — Unser Landrath Hr. v. Umrube-Bomst hat sich gestern nach Königsberg zur Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe begeben. Derselbe ist Präses des Vorstandes des Karger landwirthschaftlichen Vereins.

† Bromberg, 21. August. [Bur polnischen Insurrektion; Theater.] Die mit dem 1. September c. ins Leben tretende Passbeschränkung für Reisende nach und von Polen mag manchem Speditur oder sonstigem Unterhändler, der bisher wohl legitimirt frant und frei über die Grenze ging, und der Insurrektion gegen gute Bezahlung Revolver, Briefe und alle möglichen Hilfsmittel brachte, etwas unbequem sein; aber selbst hiesige Kaufleute, welche jährlich in Polen große Getreideeinkäufe machten, was sie jetzt verlassen müssen, erkennen dennoch diese Maßregel für dringend geboten an. Sie gestehen, daß dies das beste Mittel wäre, dem polnischen Aufstande die ihm von und durch Preußen bisher zugeflossenen Hilfsquellen abzuschneiden und so zur Unterdrückung desselben wesentlich beizutragen. Ein hiesiger wohlhabender Holzflößer, der in diesem Jahre noch sehr viel Holz auf der Weichsel aus polnischen Wäldern nach Preußen zu schaffen gedachte, hat für dieses Jahr die Holzflößerei aus Polen aufgegeben, nicht nur, um die ihm vom Nationalkomitee auferlegten Steuern nicht zu entrichten, sondern auch den durch die Umstände veranlaßten Passhinterzügen nicht zu unterliegen. Er meint indeß, daß nach den Erfahrungen, die er in dem letzten Monate in Polen gemacht, die Sache mit dem Aufstande nicht mehr lange währen könne und im nächsten Jahre ganz bestimmt Ruhe und Frieden in Polen wieder eingekehrt sein würde. Manche preussische Holzfländler sollen übrigens während der Insurrektionszeit in Polen sehr bedeutende und vortheilhafte Geschäfte abgeschlossen haben, da viele Gutsbesitzer ihre mitunter schonen Waldungen, um nur Geld für den Aufstand in die Hände zu bekommen, a tout prix loszuschlagen. Die Neuue wird wohl früh genug nachkommen. Ein letztes Aufblühen der Revolution scheint in Polen noch im Werke zu sein, indem neuerdings verschiedene Waffenbestellungen in Belgien, wie das ein hier durchgereister Pole (wahrscheinlich ein Kommissionsär) erzählt, gemacht sein sollen, die Insurrektion auch wieder über frisch angekommene Gelbsummen zu gebieten hätte.

Im Sommertheater wurde gestern das historische Lustspiel: „Die Anne-Lise“ oder „Des alten Desjaurer's einzige Liebe“ von Herrmann Herß gegeben, worin Fräulein Clara Schunke als zweite Gastrolle die Arotheberstochter Anne-Lise spielte. Die Darstellung derselben war so effektiv, besonders im 4. Akte, wo sie ihrer Liebe zu Gunsten des Landes entsagte, daß nicht nur viele Zuschauer, sondern sogar, wie man das deutlich bemerkte, die mitspielende Darstellerin der „Fürstin Genrette“ (Frau Müller-Schirmer) bis zu Thränen gerührt wurden, das beste Zeugnis für eine gute Leistung! — Zum 15. September wird Herr Schauspieldirektor Keller aus Posen, wie das bei dem hiesigen Magistrat Behufs Erlangung des Stadttheaters angezeigt, mit einer Overgesellschaft hierher kommen. Man verpicht sich genuehrliche Abende und wird daher Herrn Keller bei uns gewiß freundlich empfangen.

### B e r m i s s t e s .

\* In einer alten Sammlung von Polizeigesetzen der Stadt Wien liest man folgende Verordnung: „Die Fischer sollen die Fische auf dem Markte mit unbedecktem Haupte feil haben, um sie durch Sonnenhitze zu zwingen, ihre Waare wohlfeiler zu geben.“

\* Zum Räuberwesen in Ungarn gehen den „Neuest. Nachr.“ aus achtbarer Quelle folgende traurige Beläge zu: Wie die unerhörten Räubereien in dem Zalaer Comitate, ungeachtet des zu Groß-Kanisja fungirenden Militärstandgerichts, von Tag zu Tag mehr überhand nehmen, beweisen folgende beinahe unglaublichen Thatachen: Vor einigen Tagen kamen fünf Räuber mit einer Equipage des Herzogs von Koburg in der Gemeinde Szabar an, raubten den dortigen Pfarrer nach gräßlicher Mißhandlung im Beisein der Gemeinde aus, nahmen dann ganz gemüthlich im dortigen Wirthshause eine Jause ein und ließen sich hierauf mit derselben Equipage in die Stadt Reszthely führen, von wo sie dieselbe zurück fahren ließen. — Noch viel auffallender war ein dieser Tage im Markte Rapornal begangener Raub. Vier bewaffnete Räuber drangen gegen 5 Uhr Nachmittags in das mit hohen Hofmauern umgebene, in der Mitte des Marktes gelegene Wohngebäude der Jesuiten ein, wo sie den Pater Administrator, einen ehrwürdigen, an 70 Jahre alten geistlichen Herrn, unter Androhung des Todes sogleich banden, zur Erde warfen und mit Füßen traten. Da die Räuber Geld verlangten, der Geistliche aber, der ungarischen Sprache unkundig, dieselben nicht verstehen konnte, so begaben sich zwei der Räuber zum Ortspfarrer mit der Aufforderung, er solle sogleich zum Jesuiten mitkommen, da sie ihn nicht verstehen und er sein Geld auch nicht hergeben wolle. Bei dieser Gelegenheit bemerkten sie den Wohlstand des Pfarrers und fanden es zweckdienlich, auch gleich diesen Herrn auszurauben, was auch in Gegenwart seiner Dienstknechte und Dreischer geschehen ist; sonach mußte er sie zum Jesuiten begleiten und als Dolmetsch beim ganzen Raube zugegen sein! Natürlich nahmen diese abenteuerlichen Räubereien mehrere Stunden in Anspruch, und nicht nur der ganze Markt, sondern auch die benachbarten Gemeinden erfuhren, daß man nun die zwei Rapornaler Geistlichen auszurauben wolle. Es versammelte sich zwar viel Volk, doch nicht um zu helfen, son-

(Fortsetzung in der Beilage.)



der bloß um zu schauen. Der wachhabende Räuber ermahnte die Menge, sogleich nach Hause zu gehen, da sie nicht Zeit hätten, sich mit derselben zu befassen, weil noch ein dritter Raub vollzogen werden müsse. Hierauf entfernte sich auch das Volk bis auf einen Tagelöhner, welcher der Wache jedoch ohne Waffe näher kommen wollte und durch einen Schuß lebensgefährlich zu Boden gestreckt wurde. Den ganzen Raub hat auch ein Komitats-Pandur, jedoch nur aus einem Versteck, mit angesehen, und auf die Frage, warum er hierbei unthätig geblieben, geantwortet, daß er wegen Mangel an Munition sich nicht ins Freie zu kommen getraute.

\* Hans Wachenhusen, der während seines Sommeraufenthaltes in Wiesbaden bereits von dort aus gegen das Ueberhandnehmen des Franzosenthums in den rheinischen Bädern zu Felde zog, veröffentlicht jetzt in den letzten Hefen seines „Hausfreund“ einen längeren und sehr interessanten Artikel „die deutschen Spielhöhlen“. Wachenhusen nennt in demselben diese Bäder freiwillige französische Verbrecherkolonien und die Schilderung, welche er von der Gesellschaft der Spielsäle entwirft, kann uns in der That nach Lambessa und Cayenne versetzen.

## Telegramm.

Frankfurt, 24. August. Heute um 11 Uhr fand eine Konferenz statt. Der Schluß ist mathematisch am Donnerstag. Die „Süddeutsche Zeitung“ theilt mit, daß ein Siebnerdirektorium wahrscheinlich sei, und zwar zwei Plätze für Sachsen, Hannover und Württemberg alternierend, zwei durch die Wahl der kleineren Staaten. Es ist Geneigtheit vorhanden,  $\frac{2}{3}$  der Parlamentsitze durch direkte Volkswahlen besetzen zu lassen.

## Strombericht.

### Obernifer Brücke.

Am 23. August. Kahn Nr. 147, Schiffer J. Krabun, Kahn Nr. 254, Schiffer J. Thöbs und Kahn Nr. 207, Schiffer J. Thöbs, alle drei von Berlin nach Posen, und Kahn Nr. 246, Schiffer D. Rüdke, von Berlin nach Schrimm, sämtlich mit Salz.

## Angelommene Fremde.

Vom 23. August.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Prem. Lieutenant v. Ranken aus Schrimm, Zimmermeister Wien aus Breslau, die Kaufleute Kraft, Cohn, Levy und Neubauer aus Berlin, Scheibert aus Stettin, Schill aus Düren, Bresler aus Breslau, Schulder aus Frankfurt a. O., Sybre aus Leipzig, Schmitz aus Grafrath, Prinz aus Düsseldorf und Clemens aus Frankfurt.

**HOTEL DU NORD.** Die Rittergutsbesitzer v. Gorzenski aus Smielowo und v. Miniewski aus Polen, die Rittergutsbesitzer Frauen Rüdheim aus Stargard in Pommern und v. Engelke aus Polen.

**BAZAR.** Frau Gutsbesitzer v. Bronikowski aus Gorzyn, die Gutsbesitzer Graf Solonicki aus Ostowo, v. Radonski aus Ninino und v. Radonski aus Kocialowogorka.

**HOTEL DE PARIS.** Gutsbesitzer v. Buchowski aus Pomarzanek, Lehrer Hieradzinski aus Kions und Bürger Weichmann aus Neustadt a. B.

**HOTEL DE BERLIN.** Justizrath Kwadynski aus Gnesen, Rentant Kugmann nebst Frau und Hauptamt-Assistent Sternick aus Bromberg.

**DREI LILIE.** Kauslei-Direktor Wusch aus Schrimm und Kaufmann Bach aus Rawicz.

**PRIVAT-LOGIS.** Oberstleutnant a. D. v. d. Brinken aus Berlin, Klosterstraße Nr. 14.

Vom 24. August.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Die Kaufleute Milch aus Stettin und Mankiewicz aus Breslau, die Portepesfähnliche Pawel aus Neustadt a. B., Kenz aus Eilehne, Habermann aus Topola und Büttner aus Gusch, Offizier-Apirant Schmidt aus Kl. Lissen, Kaufmanns-Frau Frankel aus Breslau, Rentier Altmann aus Hamburg und Gutsbesitzer Bontowski aus Königsberg.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Oberst und Brigadier der 4. Kavallerie-Brigade v. Pfuhl aus Stettin, Amtsrath Sanger aus Pegnitz, Frau

Justizrath Mittel aus Wogrowiec, die Kaufleute Consimüller aus Magdeburg, Michelsohn aus Berlin, Kentsch aus Minden, Creme aus Krefeld, Badede aus Dülken, von Meerbeck aus Paris und Reddig aus Stettin.

**BUSCH'S HOTEL DE ROSE.** Major in der 2. Artillerie-Brigade v. Seidlitz aus Stettin, Gutsbesitzer v. Zalkinski aus Witkowo, Landwirth Düring aus Frankenstein, Distrikts-Kommissarius Werner aus Gollancz, Frau Partikular Wpsta aus Schroda, die Kaufleute Müller aus Magdeburg, Stefler aus Ludwigsburg, Cohn aus Düsseldorf, Sturze und Gebrüder Kettner aus Stettin.

**HOTEL DU NORD.** Die Rittergutsbesitzer v. Moszczynski aus Jezorki und Gebrüder v. Kuttowski aus Boblesie koscielne, die Rittergutsbesitzer Frauen v. Szelska aus Orzechowo und v. Dobrogostka aus Posnawie, Geistlicher Landwirth aus Ujście, Einwohner Bobrowski aus Lublin, Miß Hill aus Chelomo, die Offizier-Apiranten Mertens aus Kienitz und Kibig aus Hagnau.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Kaufmann Krim aus Warschau, die Gutsbesitzer Graf v. Finkenstein aus Brzozowice, v. Voepen nebst Frau aus Bromberg, Mattausch nebst Frau aus Wlosta, Vertram aus Jeleparz, v. Kaczynski aus Chocicza, Rechtsanwalt v. Trappczynski aus Schroda, Inspektor Starzynski aus Kozlowo, Fabrikant Schupig aus Breslau, die Handlungs-Reisenden Kacuncet aus Paris und Souber aus Belgien.

**SCHWARTZ ADLER.** Die Rittergutsbesitzer Frauen v. Kierka aus Polazewo und v. Moszczynski aus Tarnowo, die Rittergutsbesitzer v. Rutostanski aus Brzozza, v. Suchorzewski aus Puszczykowo, v. Kyzski nebst Frau aus Skraplewo und v. Balczewski aus Ochowo.

**BAZAR.** Die Gutsbesitzer v. Stabilewski aus Mosciejowo, v. Racki aus Komino, Jezewski aus Bromberg, Szoldzynski aus Siernik und v. Kaczynski aus Warschau.

**HOTEL DE PARIS.** Kaufmann Abramczyk aus Potsdam, die Gutsbesitzer Hubert aus Kopalnice, Drzenski und v. Wesierski aus Borzejevo, v. Dulicz aus Lubiatowo und Budzynski aus Kienitz.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Rittergutsbesitzer v. Moszczynski aus Krzymowo, Souanne aus Lussowo und Weisner aus Kietz, Rentmeister Kostoicz aus Wroblewo, Gutsbesitzer Meisner aus Kaslin, Herr. Ger. Direktor Kappold nebst Frau aus Breschen, Rentier Michaels aus Regendorf, Feuer-Ber.-Inspektor Hirschfeld und Kaufmann Schottländer aus Bromberg, die Kaufleute Kenz nebst Frau aus Komino und Promnitz aus Frankfurt.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Civilsachen. Posen, den 16. Juni 1863.

Die dem Johann Joseph Berger gehörigen, unter Nr. 2 und 3 B. zu Glinowobanland und Nr. 2 A. zu Hammer-Panland belegenen Grundstücke, abgetheilt auf 7231 Thlr. 8 Sgr.

6 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzuführenden Tage, sollen am

15. Januar 1864,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastriert werden. Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

**Polizeiliches.** Gefunden am 21. August 10½ Ellen weiße Leinwand.

Vom 1. Oktober c. ab können noch mehrere Pensionärinnen unter vortheilhaften und billigen Bedingungen bei mir freundliche Aufnahme finden.

**M. Classen,**

Vorsteherin der höheren Mädchenschule zu Frankfurt.

## Großbritannische gegenseitige Lebensversicherungs-Gesellschaft zu London. Great-Britain mutual Life Assurance Society.

Inkorporirt durch spezielle Parlamentsakte vom Jahre 1862. (Unter Nr. 25—26 Victoria Kapitel 74). Konzessionirt für die Königreiche Preußen, Sachsen und mehrere deutsche Bundesstaaten.

Obige, jetzt im zwanzigsten Jahre ihrer Wirksamkeit in England und auf dem Kontinente bestehende Gesellschaft, welche durch ihre Solidität, Liberalität und Pünktlichkeit in Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten sich das Vertrauen des Publikums erworben, hat durch den auf Wunsch der Direktion erfolgten Rücktritt des Herrn Liebmann als Generalagenten und Bevollmächtigten in keiner Weise eine Unterbrechung ihrer geschäftlichen Thätigkeit erlitten und empfiehlt sich hiermit von Neuem zum Abschluß von Lebensversicherungen aller Art.

Daß das Publikum die Vortheile, so wie die ehrenwerthe tüchtige Leitung der Great-Britain gegenseitigen Lebensversicherungs-Gesellschaft zu würdigen weiß, beweist die von Jahr zu Jahr zunehmende Beteiligung an diesem Institut.

Im abgelaufenen Geschäftsjahre betrugen die neu abgeschlossenen Versicherungen:

Pfd. St. 178,882 oder circa Thlr. 1,192,547.

Das Einkommen der Gesellschaft im Jahre 1862 betrug:

Pfd. St. 44,815. 2. 11. oder circa Thlr. 298,768.

Der Reservefonds hat sich von

Pfd. St. 118,868. 4. 4. oder circa Thlr. 792,454 auf

= 126,071. —. 11. oder circa Thlr. 840,473

vergrößert

Dividenden wurden 21 Prozent an die dazu berechtigten Mitglieder vergütet und für Sterbefälle

Pfd. St. 24,247 oder Thlr. 161,646. 20 Sgr.

bezahlt.

Berlin, im August 1863.

Pläne, Prospekte, Antragsformulare, so wie überhaupt jede erwünschte Auskunft ertheilt bereitwilligst.

Die Generalagentur

**Johannes Schumann,**

47 Unter den Linden.

der Hauptagent

**Isidor Cohn in Posen,**

Berlinerstraße 11.

## Stand der Lebensversicherungs-Bank f. D. in Gotha am 1. August 1863.

Versicherte	25,040 Personen.
Versicherungssumme	42,250,100 Thaler.
Hiervon neuer Zugang seit 1. Januar:	
Versicherte	1,019 Personen.
Versicherungssumme	2,209,300 Thaler.
Einnahme an Prämien und Zinsen seit 1. Januar	1,150,000
Ausgabe für 344 Sterbefälle	634,900
Bankfonds	11,720,000
Dividende der Versicherten für 1863 (aus 1858)	33 Prozent.
" " " " " 1864 (aus 1859)	37
" " " " " 1865 (aus 1860)	38

Der Bankfonds ist hauptsächlich in ersten Hypotheken größerer Landgüter von mindestens doppeltem Bodenwerthe angelegt. Neben der dadurch gewährten hohen materiellen Sicherheit bietet die unverfälschte Vertheilung der Ueberschüsse an die Versicherten möglichste Billigkeit der Versicherungspreise dar. Unter Verweisung auf obigen ungemein starken Zugang in diesem Jahre ladet zu weiterer Theilnahme ein

**Herrmann Bielefeld in Posen.**

A. C. Tepper in Bromberg.

Rechnungsrath Müller in Gnesen.

Apotheker Skutsch in Krotoschin.

S. G. Schubert in Lissa.

Ernst Fr. Jockisch in Meseritz.

Carl Zakobielski in Ostrowo.

Carl Baum in Rawicz.

Kanzleidirektor Spiski in Schönlanke.

F. W. Luge in Schneidemühl.

M. Landek in Wogrowicz.

Ed. Stiller in Posen, im Lotterie-Komptoir Markt- und Büttelstraßen-Ecke.

Eine Friseurin wünscht mehr Damen; zu erfragen Thorstraße Nr. 10 bei Herrn Kühn.

### Blumenzwiebeln,

Hyacinthen, Tulpen, Crocus etc. sind billig und besten in der Samen- und Blumenhandlung, Berlinerstr. 13 u. 31 zu haben.

A. Fleissig.

Donnerstag den 27. August bringe ich mit dem Nachmittagszuge einen Transport

Neubrüder Kühe nebst Kälbern zum Verkauf in Keiler's Hotel zum englischen Hof.

Mittwoch, 26. Aug. Vormittags bringe ich einen Transport

Neubrüder Kühe und Kälber zum Verkauf in Keiler's Hotel zum engl. Hof.

Ein elegantes Reitpferd, Stute, 3", komplett geritten, steht Lindenstraße 6 zum Verkauf.

L. Helling.

### 7. Wilhelmplatz 7.

Hierdurch erlaube ich mir auf den bei mir statfindenden Ausverkauf der feinsten Mahagoni-, Polirfächer etc. Möbel und Luxusartikel — und zwar wegen Räumung des Lokals — unterm Einkaufspreise aufmerksam zu machen.

F. Haller,

Wilhelmplatz 7.

### שנה טובה תבנה

Eine große Auswahl von Briefbogen und Gratulationskarten empfehlen billigst Gebrüder Plesner, Markt 91.

### Für Nähmaschinen

empfehle zu Fabrikpreisen Seide, leinene und baumwollene Zwirne

**Franz Lungwitz**

in Leipzig.

Ein neues Pumpenrohr von 25' Länge nebst allem Zubehör ist zu verkaufen im Hotel du Nord.

Eine gute englische Drehrulle steht Wallischei Nr. 9 zum Verkauf.

Eine Drehrulle ist zu verkaufen St. Martin 9.

### Danziger Speckflundern

empfehle Isidor Appel, n. d. f. Vant Frischen fetten Räucherlachs und frischen Elb-Kaviar empfangen

**W. F. Meyer & Co.,**

Wilhelmplatz Nr. 2.

Neust. Markt ist eine Part.-Wohn. von 5 Zimm. etc. zu verm. Nabh. Königsstr. 21, 1 Tr.

Neust. Markt ist eine freundl. kleine Wohnung zu verm. Näheres Königsstr. 21, 1 Tr.

Eine eleg. möbl. Wohnung von 2 Part. Zimm. ist Neust. Markt z. verm. Nabh. Königsstr. 21, 1 Tr.

Eine schöne möblierte Stube ist zu vermieten Friedrichstr. 22, 3 Treppen.

Wallischei 67/68 ist eine Parterre-Wohnung zu vermieten.

Eine möblierte Stube ist vom 1. Oktober ab in Jeryze, 1/2 Meile von Posen, dicht an der Berliner Chaussee Nr. 114, beim Stellmacher-Meister Bedurke zu vermieten.

Eine Landwirthschaft ist in wird gesucht. Dienstantritt den 1. Oktober d. J.; Jährlicher Lohn 40 Thlr. Anmeldungen und Zeugnisse nimmt entgegen der Hausdiener Bolthe, große Gerberstr. 47.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, auch polnisch spricht, wird sofort

oder pr. 1. Oktober c. als Lehrling verlangt in dem Kolonial-, Wein-, Eisen- und Destillationsgeschäft von

**Herrmann A. Kahl**

in Stenzewo.

Ein Hauslehrer, der etwas Theologie oder Philosophie studirt hat, und einigen Musikunterricht ertheilen kann, und der gesonnen ist, meinem Sohne von 9 Jahren und meinen beiden Mädchen von 7 und 6 Jahren Unterricht zu geben, findet sofort bei einem Gehalte von 60 bis 70 Thlrn., freier Station und sehr guter Behandlung bei mir Aufnahme. Die hierauf Reflektirenden wollen sich gütigst umgehend melden.

Garbatta pr. Rogasen, den 20. August 1863.

Normann, Gutsbesitzer.

In unserem Verlage ist so eben erschienen, in Posen vorrätig in der Buchhandlung von

**Ernst Rehfeld, Markt 77:**

**Preussischer Terminkalender**

für das Jahr 1864.

Zwölfter Jahrgang.

Zum Gebrauch für Justiz- und Verwaltungsbeamte.

Mit Verzeichniß der Justizbeamten und Anciennetätslisten derselben.

Mitgetheilt aus dem Bureau des Justiz-Ministeriums.

Auf satinirtem Papier in Kattun elegant gebunden, mit seinem Kleist-Preis 22½ Sgr., durchschossen Preis 27½ Sgr.

Berlin, 20. August 1863. Königl. Geh. Ober-Hofbuchdruckerei (R. Deder).



